

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . Ks 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—  
Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.  
Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

## Nach dem Einmarsch. Der deutsche Reichstag gegen den Friedensbruch

Die Reden Löbes und Cunos.

Der infame Gewaltstreich gegen das deutsche Volk ist vollzogen: Frankreich und sein getreuer Vasall Belgien haben durch eine riesige Truppenmacht das Ruhrgebiet besetzt. Schon die militärischen Vorbereitungen zu diesem Sieg über ein wehrloses Volk waren der glorreichen französischen Kriegskunst würdig. Flieger wurden ausgesandt, um das zu erobernde Gebiet zu erkunden, Straßen und Eisenbahnlinien gesperrt, alle Autos beschlagnahmt; indessen wurden Massen von Infanterie, Kavallerie und Artillerie, Tanks, Flieger- und Maschinengewehrabteilungen zusammengezogen und nach einem von den kühnsten und feinsten Köpfen des ruhmvollen französischen Generalstabs ausgearbeiteten Plane das Strauchritterabenteuer ins Werk gesetzt. Vorher hat Poincaré mit der Kniffligkeit und Verlogenheit eines schmierigen Winkeladvokaten an Deutschland eine Note gesendet, worin er heuchlerisch erklärt, Frankreich sehe sich gezwungen, zur Kontrolle der richtigen Ablieferung der Kohle eine aus Ingenieuren bestehende Kommission zu entsenden. In Wahrheit besteht diese „Entsendung“ des halben Hundert französischer, belgischer und italienischer Ingenieure darin, daß jedem von ihnen zwei- bis dreitausend bis an die Zähne bewaffneter mehr oder minder farbiger Soldaten zur Seite gestellt werden — eine für sorgliche Bewachung, die wohl ausreichen dürfte, sie davor zu bewahren, daß ihnen von der überfallenen Bevölkerung ein Haar gekrümmt werde.

Poincaré, der den Raubzug unternommen hat, um den unter seiner teuernen Last wankenden Stuhl des Ministerpräsidenten zu stützen, sucht dafür „Rechtsgründe“ geltend zu machen. Deutschland habe — so behauptet er, und er ließ sich die freche Lüge auch von der Mehrheit der Reparationskommission in Paris bestätigen — in der Lieferung von Kohlen, Telegraphenstangen und — Plastersteinen sich „bemüht“ Verfehlungen“ zuzuschulden kommen lassen, darum müsse sich Frankreich die Kohle selbst holen, die Deutschland ihm zu liefern verweigere. In Wahrheit wurde Frankreich durch die von Deutschland gelieferte Kohle derart überflutet, daß es diese Mengen gar nicht aufzubrauchen imstande war und sie auf den Auslandsmärkten absetzte, während Deutschland selbst Not an Kohle litt und sich gezwungen sah, mit seiner entwerteten Valuta englische Kohle zu kaufen, was die Wertverschlechterung seiner Valuta nur noch steigerte. Von etwas über dreizehn Millionen Tonnen Kohle, die es im letzten Jahre zu liefern verpflichtet war, hat es mit unsäglichem Anstrengung zwölf Millionen Tonnen abgeführt; der gewiß nicht übermäßige Rest wäre für Frankreich gewiß nicht verloren gewesen, denn es besaß alle Möglichkeiten, seine Nachlieferung zu erzwingen. Aber Herr Poincaré ging es nicht um die Kohle, sondern um die Sicherung eines Vorwandes, um seinen langgeplanten imperialistischen Brigantenzug vollziehen und das deutsche Ruhrgebiet zur Erwürgung der deutschen Industrie in seine schmutzigen Hände zu bekommen. Die Reparationskommission machte ihm mit Ausnahme des englischen Delegierten bei diesem schmutzigen Raubzug die Mauer.

Daß nicht die mangelhafte Erfüllung der Reparationspflicht Deutschland daran Schuld trägt, daß Frankreich den Anschlag gegen den Frieden Europas zur Tatsache werden ließ, sondern ausschließlich der Wunsch seiner Kapitalistenklasse, Deutschland zugrundezurichten, das geht unter anderem aus der jüngst erfolgten Veröffentlichung von Geheimdokumenten in den Memoiren Wilsons hervor. Aus diesen Aktenstücken ist zu ersehen, daß Frankreich und das damals zirkuläre England schon im Jahre 1917 die Vereinbarung getroffen hatten, nach dem zu erwartenden Sieg eine vollständige Abtrennung des linken Rheinuferes von Deutschland vorzunehmen. Frankreich wollte dies tatsächlich nach dem Kriege tun, doch standen der Durchführung dieser Absicht England und Amerika entgegen und sie willigten nur in die Besetzung des Rheingebietes bis zum Zeit-

Berlin, 13. Jänner. Der Reichstag trat heute zur Entgegennahme der Erklärung des Reichskanzlers zusammen. Das Reichstagsgebäude war halbmask besetzt. Die Tribünen und die Logen der fremden Missionen waren voll besetzt.

Präsident Loebe sagte nach Eröffnung der Sitzung, als deren Zweck er die Stellungnahme zu den militärischen Gewalttaten der Franzosen im Ruhrgebiete bezeichnete: Unsere Landsleute im Ruhrgebiet möchten sich so verhalten, daß sie am Tage der Befreiung von der Fremdherrschaft von sich selbst und ihre Kinder von ihnen sagen können: Unsere Väter haben mit Festigkeit und Treue standgehalten, als dieser Schlag gegen sie geführt wurde. Wenn ich ein Recht hätte, zum französischen Volke zu sprechen, so würde ich sagen, es solle selbst prüfen, ob der von den Mächten eingeschlagene Weg sie zum Frieden und zur Ruhe führe, oder ob er nicht zur Verbitterung, zu Haß und Mut führen müsse. Die Franzosen und Deutschen, ihre und unsere Nachkommen, werden die Folgen zu tragen haben, die dieser Drahtseilakt entsprechen. Loebe schloß unter dem Beifall der Versammlung: „Das französische Volk soll dieses Unrecht rückgängig machen, ehe es uns und die Franzosen verschlingt.“

Darauf ergriff

### Reichskanzler Cuno

das Wort. Er gab zuerst einen eingehenden Bericht über den Vormarsch der französischen und belgischen Truppen. Dieser Vormarsch, sagte er, vollzog sich mit allen kriegsmäßigen Sicherungen in einem Lande und einem Volke gegenüber, das die Entwaffnung durchgeführt und sich der friedlichen Arbeit gewidmet hat und nicht daran denkt und denken konnte, der bereitgestellten französischen und belgischen Armee auch nur einen Mann oder ein Gewehr entgegenzustellen. Der Reichskanzler ging dann auf die Notifizierung der französisch-belgischen Maßnahmen über und stellte fest, daß die Unvollständigkeit der deutschen Holz- und Kohlenlieferungen

erst zwei Tage nach dem Beginn der Truppenbewegung

von der Reparationskommission festgestellt worden ist. Die französische Regierung stützt den Vormarsch im Ruhrgebiet auf den Versailleser Vertrag, der auf den Tag genau drei Jahre vor der Ueberreichung der Note ratifiziert worden ist und der sich zum Zwecke gelehrt hatte, anstelle des Krieges einen festen gerechten und dauerhaften Frieden treten zu lassen, jener Vertrag, der die Verpflichtung enthält, nicht zum Kriege zu schreiten, die Vorschriften des internationalen Rechtes genau zu beachten und der die Gleich-

punkte der Abtragung der Reparationsschuld ein. Das von Generalen und heutenierigen Kapitalisten befehligte Frankreich gab darum keine Raubabsichten auch nicht einen Augenblick auf, es bangte vielmehr vor dem Augenblicke, da die Abtragung der Reparationsschuld die Räumung des besetzten Rheingebietes notwendig machen werde, und so ging sein Streben dahin, Deutschlands Wirtschaft zu zerrütten, damit es nicht imstande sei, seiner Zahlungspflicht zu entsprechen, was für die französischen Beutepolitiker gleichzeitig der gesuchte Anlaß dazu sein sollte, den Ueberfall und Raub der Ruhrkohle zu vollziehen, von dem sie hoffen, daß er Deutschlands dauerndes Siechtum herbeiführt.

Der gewissenlose Bankerrott auf dem Stuhle des französischen Ministerpräsidenten mag dabei allerdings die Vorstellung haben, daß, da die Kampagne gegen das unverteidigte Ruhrgebiet, gegen die unbewaffnete Bevölkerung so glatt vonstatten ging, auch alles übrige ein leichtes Spiel sein werde. Es kann in der Tat auch nicht geleugnet werden, daß das halbe Hundert Ingenieure in der mehr oder minder marokkanischen militärischen Ehrengarde einen Schutz erhalten hat, der sie in die Lage setzt, ihre „Kontroll“-Tätigkeit ohne Hemmungen zu verrichten. Doch die Organe des französischen

berechtigung und Selbstbestimmung der Völker als Prinzip aufstellte. So schwer auch die Last sein mag, die Deutschland mit dem Vertrag von Versailles auf sich genommen hat, so gewährt dieser Vertrag Deutschland doch auch das unverbrüchliche Recht, die ihm auferlegten Leistungen je nach seinen Hilfsmitteln und seiner Leistungsfähigkeit zu bemessen und von der Reparationskommission hinsichtlich seiner Zahlungsfähigkeit gehört zu werden. Mehr als einmal aber hat die deutsche Regierung im Laufe der letzten drei Jahre die Erfahrung gemacht, daß

die Rechte Deutschlands nicht ausreichend geachtet

wurden. Trotzdem hat das deutsche Volk sich ehelich bemüht, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit die wirtschaftlichen Schäden auszugleichen und der wirtschaftlichen Reparationen zu dienen.

Die ganze Handelsflotte haben wir dahingegen, Lokomotiven bis zur Lähmung unseres eigenen Verkehrswezens, unser Eigentum im Ausland, Maschinen und Baustoffe, und alles in größeren Mengen, als es die Rücksicht auf die eigene Wirtschaft verlangt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer wollten ihre Kräfte dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich widmen. Immer wieder wurden uns aber andere Lasten auferlegt, bis zum Versall unserer Wirtschaft. Ich frage, ob je ein durch Absperrung, Kriegsverluste, Hunger und Entbehrungen entkräftetes Volk mehr geleistet hat! Wie kann Herr Poincaré erklären, er könne nicht mehr auf die falschen Versprechungen Deutschlands zählen. Wie kann er sagen, daß Deutschland keine Anstrengungen machen werde, seine Verpflichtungen zu erfüllen, ohne daß Zwang ausgeübt werde. Tatsache ist, daß die deutsche Regierung nicht nur durch Erklärungen, sondern durch Vorschläge die Lösung des Reparationsproblems in einer für Frankreich günstigen Weise angestrebt hat, nachdem durch das Urteil aller Sachverständigen der Finanzwelt

die gegenwärtige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands festgestellt

worden ist.

Das Problem stellt sich vom Standpunkt des Vertragsgegners unter drei Gesichtspunkten dar: Frankreich müßte sofort Mittel verschafft werden, die deutsche und französische Wirtschaft sind in den wichtigsten Beziehungen aufeinander angewiesen und hier müßte ein Ausweg gefunden werden. Frankreich betont die Unentbehrlichkeit seiner Stellung am Rhein immer wieder mit der Behauptung kriegerischer Absichten Deutschlands. Hier sehe die Arbeit des Kabinettes

Imperialismus werden bald die Wahrnehmung machen, daß alle Tanks, Maschinengewehre und farbigen Soldaten Frankreichs nicht ausreichen, Deutschlands Volk zur Anerkennung und Unterwerfung unter die Gewalt Herrschaft zu zwingen. Gegenüber dem Widerstand des deutschen Volkes wird die Kunst aller Ingenieure verlagert. Die Verlegung des Kohlenjunktors allein wird die „Kontrollierenden“ in peinliche Verlegenheiten setzen, aber das wird nicht das einzige Mittel der Abwehr bleiben. Deutschland erachtet durch den Raubzug ins Ruhrgebiet den Vertrag von Versailles zerrissen und wird freiwillig kein Stückchen Holz oder Kohle zur Ablieferung bringen, keine wie immer geartete Reparationsleistung erfüllen, insoweit Poincaré auf seinem Faustrecht beharrt.

Für das deutsche Volk bricht eine neue böse Leidenszeit herein. Es wird dennoch den Kampf gegen seine Reinger aufzunehmen, die ihm das Joch der Fremdherrschaft aufzwingen, und es wird alle Demütigungen und Heimtückungen mit der Kraft ertragen, die ihm das Bewußtsein verleiht, sein gutes Recht zu verteidigen. Es wird der Tag kommen, der alle Völker Europas den verbrecherischen Gewaltthätern, die direkt oder indirekt, die schändliche Bedrückung und Versklavung Deutschlands ins Werk setzten, fluchen werden!

ein. Der erste Schritt war das Schreiben an den englischen Ministerpräsidenten Bonar Law mit einem Vorschlag zur Konferenz von London, um das drängende französische Geldbedürfnis für die nächsten Jahre zu befriedigen, der ohne Erfolg blieb. Dann arbeiteten wir die Vorschläge für die Pariser Konferenz aus. Wir wollten eine feste Summe als erste Rate bieten, die durch eine Anleihe auf dem Weltmarkt garantiert ist und weitere Anleihen sollten nach Maßgabe des Bedürfnisses ausgegeben werden. Schließlich hat sich die deutsche Industrie und Wirtschaft bereit erklärt, die Regierung bei der Durchführung der Vorschläge zu unterstützen. Dieser Vorschlag wurde nicht angenommen. Nach der wirtschaftlichen Seite hin haben wir dem französischen Ministerpräsidenten angeboten, eine Kommission von Vertretern der Industrie und der Bankwelt nach Paris zu entsenden, die mit französischen Vertretern im Einvernehmen mit Frankreichs Alliierten über eine wirtschaftliche Verständigung verhandeln sollten. Poincaré hat diesen Vorschlag abgelehnt. Unsere Vorschläge boten Raum für Verhandlungen, aber der Unterschied, der uns von dem französischen Gedanken trennte, war radikal und absolut, nämlich der Unterschied zwischen den machtpolitischen und wirtschaftlichen Gedanken.

Aus diesem machtpolitischen Denken erklärt sich der geschichtliche Schritt der Note vom 10. Jänner und des Einmarsches vom 11. Jänner. Es fragt sich, was die Ingenieurexpedition dem Weltvermögen an Mitteln und Werten entziehen wird. Wo bleiben die wirtschaftlichen Gründe, auf die sich Poincaré bei diesem Einmarsch zu stützen glaubt? Ebensowenig wie wirtschaftliche Gründe, gibt es auch Rechtsgründe. Ich verweise auf die gestern dem französischen Volkstages und dem belgischen Geschäftsträger übergebenen Noten. Was an deutschem Gebiete in Auslieferung des Friedensvertrages besetzt werden darf, ist im Vertrage selbst umschrieben. Die Alliierten selbst haben in der Note vom 10. Jänner der deutschen Delegation gegenüber feierlich erklärt, daß die Reparationskommission, auf deren Beschluß diese Gewaltmaßnahmen gestützt werden, weder ein Werkzeug der Bedrückung noch ein Mittel zur Einmischung in Deutschlands Hoheitsrechte sei, daß sie keine Exekutivrechte innerhalb der Gebiete Deutschlands habe. Bei Austausch des Schutzprotokolls war vorher von Herrn Clemenceau ausdrücklich anerkannt worden, daß nach Inkraftsetzung des Friedensvertrages die Anwendung von Sicherungsmitteln, wie sie der Krieg mit sich bringt, ihr Ende gefunden hat.

Es steht fest, Recht und Vertrag sind mit dem Einmarsch der Truppen in das Ruhrgebiet gebrochen worden und so lange dieser vertragswidrige Zustand andauert, ist Deutschland nicht in der Lage, Leistungen an diejenigen Mächte zu machen, die diesen Zustand herbeigeführt haben.

Ich frage die anderen Mitglieder der Völkerversammlung, ob sie sich Frieden für die Welt und Versöhnung erhoffen, wenn Gewalt über Recht geht, aber ich richte keinen Appell an sie; denn ich weiß, daß über den Geschick der Nationen scharfe Interessengegensätze walten. Für Frankreich handelt es sich um die

### Politik Ludwigs XIV. und Napoleons des Ersten

die nach dem Zeugnis Jzwolakis im Herbst dahin festgelegt wurde, das Deutsche Reich zu vernichten, jene Politik, in deren Dienst im Feber 1917 erklärt wurde, daß die zum Bestande des Deutschen Reiches gehörenden linksrheinischen Gebiete von Deutschland ganz abgetrennt und von jeder wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden sollen, jene Politik, die im Jahre 1919 in Versailles hinter verschlossenen Türen siegte. Fénélon sagte zu Ludwig XIV.: „Mitte im Frieden haben Sie Krieg geführt und Eroberungen gemacht.“ Das paßt auch für den heutigen Tag, aber zum Siege führen könnte eine solche Politik nur dann, wenn das deutsche Volk selbst verlagte.

Kühnbar geht eine Bewegung durch das deutsche Volk, wir erfüllen eine Pflicht gegen



unser Volk, wenn wir mit strengstem Nachdruck zur Besonnenheit mahnen.  
Der Reichstagsführer rief zum Schluß alle sittlichen Kräfte in Deutschland auf, um die kommende Zeit zu überwinden und erklärt, aller Streit müsse aufhören. Die Regierung sei bereit, diese Wege zu gehen und zu führen. Der Weg des deutschen Volkes führe durch Tiefs, der sei nicht zu Ende. Stolz bekennen wir uns ungebrochen zur Größe der uns gestellten Aufgabe, führen uns als Träger eines Rechtes, das nicht stirzt. Unrecht, Not, Entbehrung, unser Schicksal heute, Freiheit und Leben ist das Ziel, Einigkeit der Weg.

Die Rede des Kanzlers ward wiederholt von stürmischem Beifall begleitet.

**Die Erklärungen der Parteien.**

Bei der Besprechung der Rede des Reichstagsführers erklärte Stresemann, Führer der deutschen Volkspartei, namens aller bürgerlichen Parteien, mit Einschluß der Deutsch-Hannoveraner und der Bayerischen Bauernbundes, nach einem kräftigen Proteste gegen die französische Gewalttätigkeit, Frankreichs Ziel sei die Vernichtung Deutschlands. Es wird ihm aber nicht gelingen. Die Einheit des Reiches ist das hohe Gut, das wir für die künftigen Geschlechter retten. Alle Gegenstände müssen zurücktreten vor dem stolzen Gefühl, Deutscher zu sein. Die Volksgenossen im besetzten Gebiet sollen ausharren, die Stunde der Befreiung wird schlagen. Das Verhalten Frankreichs wird nicht einmal von seinen Alliierten gebilligt. Die Haltung der Reichsregierung fand die Billigung der Parteien.

Der Sozialdemokrat Müller-Franke protestierte gegen den französischen Gewaltakt und sagte: Die Entsendung der Angoleute ist eine widerliche Heuchelei. Bajonette sind keine Wünschelruten, kein deutscher Arbeiter glaubt, daß das Verbrechen der Franzosen nur den Zweck hätte, die deutsche Industrie zum Stillstand zu bringen. Der Tag der Befreiung wird kommen, ebenso wie der Tag der wirtschaftlichen Verständigung. Die Sozialdemokratie wird die Reichsregierung unterstützen bei allen Maßnahmen zur Abwehr der französischen Demoralisation.

Der preussische Ministerpräsident Braun erklärte, daß die Regierungen der Länder geschlossen hinter der Reichsregierung ständen.

**Feierlicher Protestbeschluss.**

Ein von Marx (Zentrum) eingebrachter Antrag, in dem es heißt:  
Der Reichstag erhebt gegen den Rechts- und Vertragsbruch der gewalttätigen Besetzung des Ruhrgebietes feierlichen Protest und wird die Regierung bei der Anwendung jeder zur entschlossenen Abwehr dieses Gewaltaktes zweckdienlichen Maßnahme mit allen Kräften unterstützen,  
wurde mit 283 gegen 12 Stimmen bei 16 Stimmenthaltung angenommen.

**Meinungsverhältnisse in der sozialdemokratischen Fraktion.**

Berlin, 13. Jänner. (Eigenbericht.) Wenn die Verurteilung des französischen Gewaltaktes allgemein ist und selbst von den Kommunisten geteilt wird, so sind doch in der Arbeiterfraktion Differenzen darüber entstanden, welche Taktik in dieser an den Juli 1914 gemahnenden Nation einzuschlagen ist. Diese Differenzen rühren heute zu Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, weil die Mehrheit jedes Zusammengehens mit den Bürgerlichen ablehnt. Nur eine kleine Mehrheit ist bereit, dem von den bürgerlichen Parteien eingebrachten Antrag zur Regierungserklärung zuzustimmen.

zu zustimmen. In der Sitzung des Reichstages selbst wurde die Minderheit durch das Vorgehen der bürgerlichen Parteien erbittert, die dem Genossen Ledebour das Wort absperrten, einen deutschvölkischen Abgeordneten aber, der auch nur einen Parteispalt betritt, ausreden ließen. Daraufhin verließ die Fraktionsminderheit noch vor der Abstimmung den Saal und einige Genossen der bisherigen Mehrheitsgruppe schlossen sich ihnen an. So endete die Reichstags-Sitzung durch Schuld der bürgerlichen Parteien mit einem Mißklang, weil die Vertreter der Arbeiterfraktion nicht geneigt sind, sich in eine nationalistische Stimmung hineinzuverleihen zu lassen.

**Eine Fälschung des Preßbüros.**

Vor einigen Tagen brachte das Prager amtliche Preßbüro eine Drahtnachricht aus Brüssel, der man die Fälschung weiterweit anmerkte und die wir darum auch nicht abdrucken. Es handelte sich um eine, daß Genosse Vandervelde in einer Kammerdebatte erklärt habe, Deutschland müsse zahlen und er begreife, daß Frankreich den englischen Reparationsplan ablehne, weil dieser völlig unzureichend sei. Man müßte also annehmen, daß Vandervelde den Staubeinfall Poincarés moralisch gedeckt habe. Tatsächlich aber gab er nach der Regierungserklärung über die Besetzung der Ruhr folgende Erklärung ab:

„Das Scheitern der Pariser Konferenz ist ein Ereignis, dessen Folgen zu fürchten sind. Die Regierung sagt uns, daß Belgien sich auf die Seite Frankreichs stellt. Das bedeutet den Bankrott der Reparationspolitik. Die Minister Theunis und Jaspar haben früher keine Mühe gescheut, um die Entente, das Bündnis des Friedens, aufrechtzuerhalten. Wir müßten die Schwäche unseres kleinen Landes durch zwei Grundsätze. Jetzt ist die Lage verändert. Unser Land wird von einer einzigen Grundsatz mitgerissen werden. Unsere Politik verlangt einstimmig und fest, daß unsere Forderung, wie die Frankreichs und Italiens, heilig ist und von Deutschland erfüllt werden muß. Aber unsere Methode ist die internationale Anleihe, die Deutschland bewilligt werden muß, die aber nur möglich ist, wenn die Schuld Deutschlands auf ein vernünftiges Maß beschränkt wird. Jetzt scheint die internationale Anleihe unmöglich, da man beharrlich an der Summe von 132 Milliarden festhält, die in 36 Jahren zu zahlen ist. Man verlangt Unmögliches. Man wendet Gewalt an, um Unmögliches zu erzwingen! Diese Besetzung wird Streiks, Widerstand, Aufruhr, Haß hervorrufen. Ich widersetze mich, und wenn ich der einzige wäre, der diese Haltung annimmt. (Beifall vor anfersten Linken.) Jene Politik gefällt denen, die nur der Gewalt vertrauen. Wir wollen, wie Jourés sagte, den Kampf für den Frieden mit unseren Freunden in Frankreich und unseren Freunden in England aufnehmen.“

Diese Erklärung klingt vollkommen anders, auch wenn sie die Berechtigung der Reparationsforderung betont, als der Bericht des Prager Büros, sie ist eine leidenschaftliche Verdamnung des Poincaréschen Vorgehens. Die Absicht, aus welcher die Preßkorrespondenz das Fälscherstück ausübte, liegt auf der Hand. Die kleine Entente und also auch die Prager Regierung, leisten Poincarés Schergerdienste, sie haben sich, was auch die Haltung der Regierungspresse hier und in Belgien beweist, mit dem französischen Mäurerhauptmann auf Gedeih und Verderben verbündet und so muß jedes vernünftige Wort unterdrückt oder verfälscht werden, das in den vom Lügengeist verpesteten Ländern fällt. Auch diese systematische Lügenpropaganda beweist, daß wir, wenn auch nicht Kanonen donnern, doch mitten in einem mit neuartigen Mitteln geführten Kriege stehen.

**Horthy-Ungarn auf dem Kriegspfade.**

Von Sigmund Ruffi.

Seit dem Siege Nemals über die Griechen und dem erfolgreichen Staatsstreich Mussolinis gibt es in Horthy-Magyarien kein Heilen mehr: alle Abenteuer, Phantasten, Pläneschmiede und Bierbankpolitiker befinden sich in einer fieberhaften Aufregung: die Stunde Horthyungarns scheint nach ihrer Ansicht gekommen zu sein. Der in der Reparationsfrage offenkundig geordnete Zwist zwischen Frankreich und England hat noch ein übriges dazu beigetragen und Horthyungarn rückt politisch und auch militärisch, daß diese angebliche „Stunde“ es nicht unbereitet antreffe. Ein an sich unbedeutendes Blatt, dem aber größere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, weil es als das Sprachrohr des Grafen Bethlen angesehen werden kann, das „8 Drai Ujsag“ schreibt, daß nun die Zeit einer „aktiven Außenpolitik“ gekommen ist, ein unheiliges Wort, mit dem Weltland Graf Lehrenthal den Balkankrieg eingeleitet hat. Was das Regierungsblatt, das an gewisse Rücksichten gebunden ist, aktive Außenpolitik nennt, das nennen die „unverantwortlichen Elemente“ offenen Krieg und Abenteuer, wobei sich diese politische Arbeitsteilung zwischen der Regierung, die den „unverantwortlichen“ gegenüber trotz ihrer ungeheuerlichen Machtmittel nichts ausrichten kann, wieder sehr gut behält. Die Regierung, die einen Redakteur der „Nepzava“, weil er eine Parlamentsrede des Aderbauminister Szabo kritisierte, zu zwei Jahren schweren Kerfers verurteilt hat, die einen Arbeiter-Kadaver, in dem eine Novelle aus Turgenjew's „Gedichte in Prosa“ abgedruckt war, beschlagnahmten sich, die die Gedichte Walt Whitmanns, Amerikas größten Dichters, auf die Liste der verbotenen Bücher setzt, diese gleiche Regierung hat den unverantwortlichen Elementen gegenüber kein Wort, im Gegenteil, sie unterstützt und fördert sie, sie sind eben ein vorpfeilschönes Detachement der ungarischen amtlichen Regierungspolitik. Werden sie einen Erfolg haben, dann wird die Regierung sich aber auf Grund dieser geheimen Förderung zu ihrer Politik bekennen, kommt es aber nicht dazu, dann haben sie eben auf eigene Faust gehandelt.

Die Regierung wandelt andere Wege, aber auch ihre ganze Politik ist auf einen Krieg eingestellt. So ließ sie vor einiger Zeit alle Leberwurstsperrern und bereitet deren Requirierung vor. Die ungarische Waffenfabrik ist mit großen Aufträgen versehen, so daß ihre Aktien eine stürmische Aufwärtsbewegung zeigen. Graf Bethlen verfehlt, allerdings ohne etwas von seiner und seiner Partei-Macht aufzugeben, zu einer Art von Burgfrieden mit den oppositionellen Parteien zu gelangen, deren Notwendigkeit mit der unheimlichen auswärtigen Lage begründet wird. Er läßt die Führer der oppositionellen Parteien zu vertraulichen Gesprächen ein, in denen mit den unverlässlichen über die Reparationsfrage, mit den verlässlichen über andere Fragen noch gesprochen wird. In den drei vergangenen Wochen sind zwei kleinere Pre-mobilisierungen der entlassenen aktiven Offiziere vorgenommen worden, um zu sehen, ob der Apparat richtig funktioniert. Und was das Entscheidende ist: das bewährte Ordungsgesetz ist die politische und administrative Kriegsvorbereitung des Staates, denn in seinen entscheidenden Teilen ist dieses Gesetz nichts anderes, als die zur Geseherhebung derjenigen Kriegsverordnungen, die auf Grund des Gesetzesartikels 68: 1912 von der Kriegserklärung des Grafen Tisza erlassen wurden. Zur Rechtfertigung dieser offenen Kriegsvorbereitung wird es immer bei der Hand liegende bolschewistische Gefahr herbeigezogen und dem Horthy-Minister

Entente-Offizieren und Diplomaten mitgeteilt, daß die allgemeine Konstriktion aller Männer zwischen 18 bis 50 Jahren zu der Bekämpfung einer nicht existierenden Generalkriegsgefahr notwendig ist, daß Brief- und Telephonzensur zur Verhinderung der bolschewistischen Verschwörung dienen, daß das Recht, alle Staatsbürger unter Polizeiaufsicht zu stellen, zu internieren, ins Arbeitshaus zu bringen, aus einem Teil des Landes auszuweisen, Maßregeln sind, ohne die der innere Feind nicht niedergehalten werden kann. Würde die ungarische Regierung in diesem Augenblick, wo die Kriegsgefahr handgreiflichere Formen annimmt, mit solch einem Gesetz kommen, dann wäre es vor aller Welt klar, daß sie für den Krieg rüstet. Ihr Plan ist aber kein offener Krieg, dazu ist Ungarn zu schwach und zu ungerüstet, sondern ein Guerillakrieg, kombiniert mit einem nationalen Aufstand in den vom früheren Ungarn abgetrennten Gebieten. Dabei baut sie nicht so sehr auf die eigene Kraft, sondern auf die innere Schwäche der Nationalstaaten, auf die Erbitterung und die Feindseligkeit, die sich gegen Prag, Belgrad und Bukarest infolge der Mißregierung der „Sieger“ angesammelt hat. Die Horthy-Magyarer glauben ernsthaft, daß die Slowaken, Kroaten, Siebenbürger Rumänen, von den Magyarern dieser Gebiete gar nicht zu sprechen, nichts schlichter wünschen, als wieder von den magyarischen Grundherren und ihren Schergen regiert zu werden. Wie toll und hirnverbrannt auch diese Erwartungen sind, wie groß die berechtigte Unzufriedenheit in den „befreiten“ Gebieten der Nationalstaaten sein mag, solche Erwartungen können nur in der Überhöhung, mit den Realitäten der Welt nicht rechnender Atmosphäre Horthy-Ungarns entstehen, aber daß sie dort vorhanden und eine bestimmende Kraft der ungarischen Politik und des gesellschaftlichen Lebens sind, wird von einem jeden Kenner oder Beobachter der ungarischen Dinge bestätigt.

Wie ist nun diese Atmosphäre entstanden, welche Kräfte stehen hinter dem ungarischen Kriegswillen? Die Einsicht von der Unhaltbarkeit der durch den imperialistischen Frieden geschaffenen Zustände ist nichts spezifisch Ungarisches. Aber während die anderen leidtragenden Staaten und Völker die Wiederherstellung dessen, was in den Friedensverträgen wirklich ungerichtet und unerträglich für sie und für die ganze Menschheit ist, von der zunehmenden Kraft der Einsicht, von der Erstarkung der demokratischen und proletarischen Machtfragen erwarten: kann Horthy-Ungarn infolge seiner konterrevolutionären inneren und äußerer Politik nur auf die Macht des Schwertes bauen. Der Krieg, oder wenigstens seine Vorbereitung und die Einstellung des ganzen öffentlichen Lebens auf den Krieg ist ein Tragfehler der ganzen magyarischen Konterrevolution. Neben diesem allgemeinen Grund gibt es eine ganze Anzahl von sehr bedeutenden sozialen Kräften, die auf den Krieg hinarbeiten.

Erstens ist Horthy-Ungarn, trotz Nationalversammlung und anderem Brimborium, ein Land der Militärdiktatur, wo die Soldateska unbeschränkt herrscht. An ihrer Spitze steht Horthy, ihr politisch-parlamentarischer Vertreter ist der Abgeordnete Julius Gömbös und ihre Organe sind nicht nur die Armee, sondern alle sogenannten gesellschaftlichen Organisationen, Erwachende Ungarn, Kasseiten, die Ueberreste der Detachements, die verschiedenen Geheimorganisationen, Turul-Verband, studentische Verbindungen und dergleichen mehr. Ohne Aufsicht auf einen Krieg verlieren alle diese Menschen ihren politischen Daseinsgrund, und was noch wichtiger ist, ihre oft sehr einträgliche Existenz.

Zweitens gibt es noch eine Gruppe, die zum Krieg drängt. Es sind dies die überaus dem Mittelstand angehörenden Flüchtlinge aus der Slowakei, aus Siebenbürgen und Südungarn.

**Spielhöhlen in Moskau.**

Von Georges Popoff.

Spielhöhlen im Lande der Sowjets, im Lande des Hungers, der Not, der erst kaum beginnenden wirtschaftlichen Gesundung! Ist es Mühsal oder ein über Scherz? Leider das letztere. Das Gesicht der neuen Wirtschaftspolitik scheint oft als Grimasse, das „Neue Leben“ nur oft als eine neue Krankheit. Diese Grimassiererei die häßlichste, diese Krankheit die abwendigste am Körper des jungen russischen Staates. Das Russland von heute mit all seinen Lebenserscheinungen zu erfassen, ist nicht immer leicht. Besonders wenn diese Erscheinungen mit Worten der Sowjetführer in Widerspruch stehen scheinen. Welche Zwecke verfolgt nun diese Anwendung solch schlimmer Methoden im bolschewistischen Moskau?

Spielhöhlen fürs Volk. „Auf dem Smolenski-Markt, im Arbeiterviertel, ist vor einigen Tagen ein Spielklub eröffnet worden, der ganz den Bedürfnissen des Proletariates, der Massen angepaßt ist.“ Diese tragikomischen Worte sagte mir ein Genosse ein ehemaliger Sowjetbeamter, der der Organisator „bolschewistischer Spielhöhlen“ geworden ist. Man hat mit einem gewissen tragischen Talent diese „Klubs“ in allen Ecken der Stadt etabliert. Der erste hat im ehemaligen arbeiter „Ermentage“ bereits vor mehreren Monaten das Licht der Welt erblickt. Anfänglich war eine Erholungsstätte für die privilegierten Sowjetführer und Ausländer gewisser Oberstufe. Dann entstand Anfang Dezember das zweite Mal im einstigen Variete „Tabarin“ — mitten im Zentrum, auf der Twerstaja. Diese für das heutige Russland anscheinend so unentbehrliche Stätte kostspieligen Amusements trägt den ver-

heißungsvollen Namen „Monaco“. Ein Etablissement für die nichttotenkriegenden Mosauer kleinen Spieler, die „Bourgeois dritter Klasse“ und das flackernde Nachpublikum der Twerstaja. Und nun ist auch den „Massen“, nachdem man ihnen das Opium „Religion“ entzogen hat, dieses Narkotikum vorgefetzt worden. Diese Spielhöhle des Mosauer Proletariates ist in einer ehemaligen Droschkentzipe, einer „Tschal-naja“ — sie hieß einst „Savon“ auf dem berühmten Smolenski-Markt untergebracht worden, wo das Bürgertum heute noch sein Lechies hat und Gut des täglichen Brotes wegn veräußert.

Es lohnt sich, einer dieser Spielhöhlen einen Besuch abzustatten. Schon von der Straße leicht erkennlich. Schreiende Lichtreklame fordert zum Glücksspiel auf. Erleuchtet aber gleichzeitig diese um die Nachtzeit so finstere Gegend und zeigt das gewöhnliche Bild des Verfalls. Eine wüste Umgebung. Die Häuser ringsumher halb verwüstet, die Säune verschwunden, verheißt. Sie und da kleinere Bauwerkschindeln plump mit Lände überstrichen, das hauptsächlich Verschönerungsmittel dieses Landes. Die Inschrift auf dem steinernen Aufgebände und selbst die Lichtreklame ist unordentlich und liederlich hergestellt. Alles schön und krumm.

Vor dem hell erleuchteten Portal treffen unablässig Schlitten und Autos ein. Die Gäste werden am Eingang sofort von zahlreichen Bettlern bestimmt. Erdwärmliche Gefallen, die vor Kälte zittern und wimmern. Man wirft ihnen einige wertlose, unfaubere Millionenscheine zu. Dienstbesessenen öffnet ein Portier in goldbroten-der Dreh die Tür und streckt schon verlangend die Hand aus. Gieriger als in einem anderen Lande der Welt verlangt hier alles nach Trinkgeldern: „Ra ischaj“. Für nichts. Eine ständige Beiste. Der Zutritt zum Spielklub ist allen vollkommen frei. Ohne irgend eine Empfehlung. Ohne

Eintrittsgeld. Man muß nur in einem Buche Namen, Beruf und Adresse eintragen. Jemand lächelt verständnisvoll: „Zur Erleichterung der Arbeit der „Tscheta“. Man kann in Russland jedem Paster frönen, die Sowjetgesetzgebung verbietet sie nicht, aber die Tscheta paßt dennoch auf. Auf alle Fälle. Und in der Garderobe und während des Eintragens ins „Ehrenbuch“ wird man von allerhand schielendem Gesindel über Gebühr mit allzubiel Interesse gemustert.

Dann geht es eine prachtvolle Marmortreppe hinauf. Der Läufer ist schäbig und abgenutzt. Von irgendwo dringen lodende Walzertlänge ans Ohr: im Erdgeschosse befindet sich ein Variete — zur Freude der Gewinner, zum Trost für die Verlierer. Sollte auch dieses den Bedürfnissen der Massen angepaßt sein? Während diese und ähnliche Fragen sich dem Besucher in diesen sonderbaren Räumlichkeiten aufdrängen, steht man bereits vor der Tür des eigentlichen Spielsaales. Einige Diener öffnen die Tür und strecken abermals die Hände vor. Diese Kerle sehen zum Lachen aus: Sie sind in rote Kräfte gekleidet und tragen Escarpins. Aber alles an ihnen ist unfähig schäbig und schmierig. Groteske Gestalten — diese Sowjetkassaten in Escarpins.

Im Saal dieselbe Lingelangel-Atmosphäre. Ein Gemisch von hilfloser Dürftigkeit und krampfhaft gewolltem pariserischen Schick. Man wird ein Gefühl des Peinlichen nicht los. Geschmackloser Stuhl im Verein mit schlecht verstemtem Verfall. Alles billig und bunt. An langen Tischen wird Roulette und Trente et quarante gespielt. Die Tische sind mit grauem, billigstem Soldatenfilz überzogen. Die Zahlen und Zeichen flüchtig hingeschmiert. Die Spielmarken, die nebenbei bemerkt, nicht das Sowjetwappen aufweisen, werden in einer hölzernen, schlecht gemalten Hülle verkauft. Der niedrigste Satz ist 10 Millionen, der höchste 300 Mil-

lionen. Alles ist sehr einfach und aufs Größte nur darauf berechnet, den Gästen so rasch wie möglich das Fell über die Ohren zu ziehen. Das ist natürlich in allen Spielplätzen der Welt so. Und nirgends in der Welt macht eine Spielhöhle einen sympathischen und angenehmen Eindruck. Doch ganz besonders abstoßend wirkt ein Lokal dieser Sorte her, im „revolutionären“ Russland, wo man anders erwartet hat.

Es wird wild gespielt. Das französische „Rales vos jeux“ und das „Aien ne va plus“ flingt bereits in deutscher Uebersetzung nicht schön, im russischen, in der „Sprache des Bolschewismus“ hört es sich ganz übel an: „Bolschewistichewo“. Die Croupiers müssen ehemals Kosaken oder vielleicht noch etwas schlimmeres gewesen sein. Mörderphlegmonen mit Zubältscheiteln, walteten hier übrigens nicht im Smoking ihres Amtes, sondern sind in dunkelblaue Hemden wie Fleischergesellen gekleidet. Vielleicht eine ganz Symbolisierung. Ihre Beschäftigung scheint ihnen viel Spaß zu machen. Und sie verstehen ihr Handwerk gut. Wo hat man so urpöblich diese Leute für diesen Zweck gefunden?

Einer unter ihnen fällt auf. Ein blaßes Gesicht. Vornehme lässige Bewegungen. Ein müder, aber rassistischer Ton in der Stimme, die monoton und gleichgültig die Zahlen nennt. In der ganzen Erscheinung etwas Verkommenes. Sein Name wird genannt. Ein Prinz. Ein Sprößling eines europäischen Königshauses — zum „Sowjet-Croupier“ degradiert, der Galan einer „Dame“ vom Twerstoj-Boulevard, der in alles ergebene Stammgast und Bediente einer üblen Koschme! Zuerst ein Opfer der Revolution“ und dann ein Produkt der Neuen Wirtschaftspolitik“, den „Bedürfnissen der Massen“ dienend. Menschenschickal!

Wertwürdig ist das Publikum in diesem Hause. Undefinierbar. Sind es Proletarier,



Wenn man ihre Zahl mit 100.000 angibt, dann bleibt man hinter ihrer wirklichen Zahl eher zurück. Das sind Beamte, Lehrer, Angehörige freier Berufe, Richter, Verwaltungsbeamte usw., die alle ihre Existenz verloren haben, aus ihrem Milieu herausgeschleudert worden sind, durchwegs Lumpenproletariat heute, die der auf sein Drittel seines früheren Gebietes reduzierte ungarische Staat nicht erhalten kann und die durch einen mit Krieg kombinierten Zustand nicht verlieren, aber ihre frühere Lebenshaltung zurückgewinnen können. Sie sind die „Tagesgelder-Präsidenten“, wie sie der Abgeordnete Raffan in der Nationalversammlung genannt hat. Sie sind die lautesten Kräfte nach dem „heiligen Krieg“. Ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung darf nicht unterschätzt werden, zumal sie mit einem gewaltigen Terror auftreten, sich als die Märtyrer der nationalen Sache gebärden und die Möglichkeit einer öffentlichen Bekämpfung ihrer Machenschaften als Hochverrat gilt.

Drittens hat eine große Zahl von Aristokraten durch die Agrarreformen, die in Serbien, Rumänien, in der Tschechoslowakei gemacht wurden, ihre in diesen Gebieten liegenden großen Latifundien verloren. Wie unzulänglich auch diese Bodenreformer waren: die magyarischen Magnaten sind durch sie sehr geschädigt worden. Sie sehen keinen anderen Weg zu ihrer früheren Machtstellung aufzusteigen und ihren früheren Reichtum wiederzugewinnen, als wenn diese Gebiete wieder zu Ungarn kommen. Graf Andrássy, Graf Vághy, Graf Banffy, der frühere Minister des Äußern, Graf Apponyi — die einflussreichsten Männer der ungarischen Aristokratie — gehören zu dieser Gruppe. Sie würden schon gerne einige tausend Bauern auf die Schlachtbank treiben, um ihre schönen und großen Besitzungen zurückzuerhalten.

Dazu kommen schließlich die Legitimisten verschiedener Schattierungen, die bei der Flamme einer großen nationalen Anstrengung ihr Süßchen zu locken hoffen und die nur in einem Wirbel vorwärts kommen können.

Regierung und Gesellschaft lassen diese Kräfte antworten und sich organisieren. Aber einen solchen Einblick in die Machtverhältnisse der Welt besitzen sie schon, um zu wissen, daß sie allein, kriegerisch eingesetzt, nicht den ersehnten Sieg, sondern nur den endgültigen Niedergang Ungarns herbeiführen würden. Die Aufgabe der Regierung ist es, die Unterdrückung irgendeiner Großmacht, sei es in direkter, sei es in indirekter Form, zu gewinnen, oder den Augenblick einer konterrevolutionären Erhebung in Mitteleuropa zu dem Vorstoß auszunützen. Diese Unterdrückung kann ihr direkt das faszistische Italien gewähren, indem es Ungarn Munition sendet, indem es Jugoslawien angreift, oder aber, es könnte dieser Anlaß aus einem Krieg Sowjetrusslands mit Rumänien wegenessarabien entstehen oder endlich aus einem monarchistischen Putsch und einer Abfallbewegung in Bayern, Italien, Dänemark und Sowjetrussland und die nicht nur reaktionäre, sondern vor allem unkluge und selbstmörderische Politik der Nachfolgestaaten — das sind die großen Hoffnungen des kriegerischen Ungarn. Ob sich diese Hoffnungen erfüllen werden, hängt von der weiteren Entwicklung der Weltpolitik ab. Jedenfalls ist aber das horribelste Ungarn, wie immer, nicht nur ein Feind der Arbeiterklasse, sondern auch die schlimmste Bedrohung des Friedens in Ost- und Mitteleuropa.

**120.000 Arbeitslose in Oesterreich.**

Wien, 13. Jänner. (Eigenbericht.) In einer Versammlung der Arbeiterkammer wurde heute festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich auf 120.000, davon 90.000 in Wien, gestiegen ist. Die Zahl der Kurzarbeiter beträgt 50.000.

Sowjetische, tschechische, die letzten der Bourgeois, Straßenhändler, unendliche Sowjetbeamte? Vielleicht alles durcheinander. Man sieht auch pariserisch elegante Damen. Aber sehr wenige. Das männliche Element dominiert. Typen in hohen Stiefeln und russischen Hemden, viele blutjunge Burtschen, Strohkopfgel und dann — die dicken Schieber, die „Republik“. Man kann wie ein Gourmet den Anblick dieser Herren genießen, denn die Sowjetische sind noch „autoritärer“ in ihrem Auftreten als die Schieber aller anderen Länder.

Dieses halb verängstigte, halb furchterregende, halb kriminelle Publikum schreit und lacht laut durcheinander, raucht Zigaretten in endlosen Mengen und wirft Milliarden auf den schabigen grauen Filzfuß. Nicht alle spielen. Viele beobachten. Und manche auffallend scharf. Auch dieses Laster ist nun in Rußland fantasmatisch; aber irgend jemand paßt dennoch auf. Es ist immerhin interessant zu wissen, wer Geld hat und wer nicht. . . . Woher nehmen diese Leute das viele Geld? Diese Frage wird noch brennender, wenn man das „Goldene Zimmer“ betritt. Hier darf nur in goldener Münze, in bar gespielt werden. Das Metall klingt hell und klar. Die Münzen des seligen Jaren wandern in die Tasche des Croupiers aus den Taschen der Republik. Nur diese Menschensorte beteiligt sich hier am Spiel. Nur in Gold. Das konnte man nicht einmal vor dem Kriege. In dieser Hinsicht hat die Sowjetwirtschaft alles bisher Dagegen übertrumpft. Woher nehmen diese Leute das viele Geld? Von wessen Wute nähren sich diese Späner des Rep? Denkt man nicht unwillkürlich an das grenzenlose Geld, in welchem sich das russische Volk heute noch befindet, an Verfall, an Hunger und Kälte? Vom Esel gepackt stürzt man aus diesen Sälen, in denen Verbrechen und Wahnsinn zu herrschen scheinen. Und wird

**Hughes' Vorschlag einer Finanzkonferenz bleibt aufrecht.**

London, 13. Jänner. Reuters meldet aus Washington: Es wird aus dem Staatsdepartement versichert, daß der Vorschlag des Staatssekretärs Hughes, das Reparationsproblem an eine Körperschaft von internationalen Finanzleuten zu verweisen, immer noch Geltung hat. Die Auffassung der amerikanischen Regierung sei anscheinend, daß jetzt die französische Theorie bezüglich der Zahlungsfähigkeit Deutschlands auf die Probe gestellt wird. Wenn sie sich als richtig erweist, so würde kein weiterer Anlaß für amerikanische Initiative in dieser Frage gegeben sein. Sollte sie sich jedoch als falsch herausstellen, so müßte der Vorschlag des Staatssekretärs Hughes als Grundlage für eine neue Konferenz angesehen werden.

**Frankreichs Verlegenheit.**

Neue Verschiebung der Moratoriumskonferenz?

Paris, 12. Jänner. (Savas.) In französischen Kreisen der Konferenz scheint man die Ansicht zu haben, daß es notwendig sei, den verschiedenen Delegationen Zeit zu lassen, sich untereinander zu verständigen und mit Ruhe die Frage eines Moratoriums zu prüfen, das Deutschland zu gewähren wäre. Folglich wird Barthou morgen seinen Kollegen vorschlagen, den Ablauf der Zahlungsfrist vom 15. Jänner auf den 31. Jänner zu verlegen. Inzwischen könnte eine Entscheidung der Reparationskommission erfolgt sein.

In der amtlichen Mitteilung über die heutige Sitzung der Reparationskommission heißt es: Im Laufe der heutigen Vormittagsitzung wurde beschlossen, folgendes Schreiben an die Kriegslastenkommission zu richten: Die Reparationskommission beehrt sich Ihnen mitzuteilen, daß sie Ihnen in einigen Tagen die Entscheidung über die beiden Schreiben zugehen lassen wird, die sie am 14. bezw. 27. November 1922 im Namen der deutschen Regierung an sie gerichtet haben. Sie hat provisorisch beschlossen, den im Zahlungsstatut vom 5. Mai 1921 auf den 15. Jänner 1923 eingetragenen Zahlungstermin auf den 31. Jänner 1923 zu verschieben. (Sav.) Barthou, Delacroix.

**Inland.**

Stimmungsmache? Nach einer Meldung des „Venkov“, der bekanntlich dem Kriegsminister Udrzal nahesteht, bestätigen sich die Nachrichten über militärische Vorbereitungen Magyars. Insbesondere sollen militärische Vorkehrungen zwischen Raab und Ungarisch-Komorn getroffen werden. Reisende hätten sich von der Anwesenheit eines magyarischen Panzerzugs, der die Nummer vier trage, an der tschechischen Grenze überzeugt. Zwischen Komorn und Preßburg habe sich ferner ein ungarischer Auspähungsarplan gezeigt. Die Bevölkerung der Grenzgebiete sei durch diese magyarischen Maßnahmen in Unruhe geraten. Dasselbe Blatt zitiert ferner den Wiener „Abend“, der aus dem Burgenland mitteilt, daß in den magyarischen Grenzbezirken Mobilisierungsvorbereitungen getroffen werden. Auch soll sich Graf Andrássy zu einem Mitarbeiter des „H. E.“ haben geäußert haben, daß Magyars in der kritischen Periode, vor der ganz Europa steht, wichtige Entscheidungen treffen müssen. Das Abendblatt des „Venkov“ bringt diese Nachricht bereits unter dem Titel „Magyars mobilisiert und sammelt Militär an den Grenzen“. Während so auf der einen Seite die Zeitungen des Kriegsministers Udrzal offensichtlich Stimmung gegen Magyars hervorzuheben versuchen, meldet ein reichsdeutsches Blatt, tschechische militärische Vorkehrungen. Der „Dres-

draußen sofort wieder von Bettlern umringt. Wolgaschlächter, Hungernde, Halberstrome. „Erbarmt Euch, best, um Gotteswillen gebt wenigstens ein Stück Brot.“ Brot, Brot und Brot. Dieses Wort verfolgt einen auf allen Straßen und klingt ständig wie eine binnere Anklage im Ohr. . . .

Im Lande herrscht größte Not, der Armut macht die unglücklichsten Anstrengungen, um den wirtschaftlichen Verfall einzudämmen, man kämpft gegen Korruption und . . . nebenbei wird in allen Gegenden Russlands öffentlich dem wildesten Hazardspiel gefrönt, in einer Art, die Hunderte von Arbeitern und kleinen Leuten um ihr tägliches Stück Brot bringt. Wodurch rechtfertigt man diese Einrichtung? Jemand sagte mir, der Russe sei so leidenschaftlich dem Glücksspiel ergeben, daß er ohne diese Zerstreuung nicht leben könne. „Geben Sie von allen Häusern Russlands die Dächer ab, und Sie werden sehen, daß in jeder Wohnung Hazard gespielt wird. Ist es da nicht besser, wenn es öffentlich geschieht?“ So urteilt die Strafe. Eine Erklärung, aber keine Rechtfertigung. Selbstverständlich hat die Sowjetregierung sich von anderen Erwägungen leiten lassen. Zurzeit sind hauptsächlich die enormen Einnahmen, welche aus den Erträgen der Klubs in die Kasse der Moskauer Sowjets fließen, hierfür bestimmend. Diese Summen sollen der Kommunalwirtschaft zugute kommen.

Doch auch eine politische Betrachtung bewegt den Armut, als er diese Frage erwog: die Hazardspieler sind in der Mehrzahl Schieber; ist es da nicht erfreulich, wenn das unredlich erworbene Geld dieser Leute ihnen wieder abgenommen wird und, indem sie den örtlichen Sowjets zugute kommt, zum Ausbau der sozialen Fürsorge verwendet wird. Die Hazardspieler sind zudem meistens auch temperamentvolle Naturen. Ist es da

**Verhärkung der Moratoriumsbedingungen?**

Paris, 13. Jänner. (Sch. P.) Das „Echo de Paris“ schreibt zu dem für heute erwarteten Beschluß der Reparationskommission, den Verfallsstag vom 15. Jänner bis zum 31. Jänner hinauszuschieben: Dieser Ausschub um zwei Wochen wird dazu benötigt werden, um endgültig den Plan des Moratoriums aufzustellen und Verhandlungen zwischen Paris, Brüssel und Rom einzuleiten. Augenblicklich herrscht die Tendenz vor, nicht viel an dem französischen Programm zu ändern, das am 2. Jänner veröffentlicht wurde. Die darin angeführten Pfänder werden beibehalten, aber es ist wahrscheinlich, daß die Mittel, ihre Produktivität auf eine höhere Summe, vielleicht auf 1 1/2 Milliarden Goldmark zu erhöhen, geprüft werden. Beispielsweise fester die Kohlenlieferungen auf 1.800.000 Tonnen gesteigert werden, eine Ziffer, die der Friedensvertrag zuläßt. Wir werden bei unserem Unternehmen erst dann Erfolg haben, wenn wir in dem effektiven, gewissermaßen lokalen Besitz der Pfänder sind, die in unserem Moratoriumsplan ausgeführt sind. Es ist wohl möglich, daß wir genötigt sein werden, die ganze Produktion des Ruhrgebietes und des linken Rheinuferes neu zu organisieren. Hier würden wichtige Probleme gestellt, beispielsweise das Währungsproblem.

„dener Anzeiger“ vom 12. d. läßt sich nämlich aus Leobschütz melden: Nach Berichten aus zuverlässiger Quelle sollen seit einigen Tagen in tschechischen Grenzgebieten, und zwar an der Grenze der deutschen Kreise Reustadt, Leobschütz und Rattibor große tschechische Militär- und Gespännanhäufungen stattfinden. Die Gerichte von einer drohenden Besetzung des Sultschiner Ländchens, das von den deutschen Öpanern bis 10. Jänner verlassen sein muß, verstärken sich. Eine Berliner Meldung des „Nordböhmischen Tagblattes“ sagt: Von der tschechisch-böhmischen Grenze liegen Privatmeldungen vor, daß auf tschechoslowakischer Seite Truppenbewegungen beobachtet wurden. In amtlicher Stelle in Berlin werden diese Gerüchte nicht bestätigt.

Die Vertretung Zvehsas und Rasins. Nach einem Bericht des „Česko Slovo“ hat der Vertreter des Ministerpräsidenten, Minister Habrmann, die koalierien Parteien ersucht, einen anderen Stellvertreter des Ministerpräsidenten zu nominieren, da er mit den Arbeiten für die Sozialversicherung überlastet sei. Die Koalition beschloß die Erledigung dieser Frage dem Ministerrat zu überlassen. Auch Handelsminister Novak hat ersucht, ihn mit Rücksicht auf die umfangreichen Arbeiten seines Ressorts von der Vertretung Dr. Rasins im Finanzministerium zu befreien. Es verlautbart, daß mit der Vertretung Rasins nunmehr der Direktor des Bankamtes Novak betraut werden soll.

nicht rasant, ihr Temperament in einer Richtung abzulenken, wo es politisch keinen Schaden anzurichten vermag? Spielte Roulette, redet aber nicht von Politik. . . . Diejenigen Leute haben recht, welche behaupten, daß bei den Bolschewisten alles Handeln außer dem unmittelbaren noch stets einen politischen Nebenwed hat.

Spielhöhlen und Hunger. Zeitlage der Schieber in den Kabarets und bittere Not bei den Arbeitenden. Nur die „Neue Wirtschaftspolitik“ zeugte diese schreienden Gegensätze. War da die Zeit des „antistatistischen“ Kommunismus nicht doch noch besser? Diese Frage mußte natürlich auch von den Kommunisten selbst, namentlich von den „Linken“, aufgeworfen werden, und vor Monaten wurde hierüber in Moskau heftig, erbittert gestritten: „Wenn der Bauer aus dem Hungergebiet nach Moskau kommt und den Tinseltangel-Betrieb im „Jar“ und in dem anderen Varietés sieht — was wird er sagen?“ Und man versuchte zu antworten: „Die Neue Wirtschaftspolitik bedeutet die Freigabe des Handels und die Wiedereröffnung der Betriebe. Der Bauer und der Arbeiter werden es verstehen, daß man sich zu diesem Schritt entschlossen hat, um die Versorgung der Massen mit Lebensmitteln und Waren zu erreichen. Manches Unerfreuliche muß hierbei in den Kauf genommen werden.“ Doch die Notwendigkeit der Eröffnung von Spielhöhlen in einem Lande, das so schwere Zeiten durchlebt, wie sie gegenwärtig kein anderes Land kennt, kann nicht so einfach gerechtfertigt werden. Was soll es bedeuten? Ein Gastmahl während der Pest? Oder „Europäisierung“ der Sowjet-Sitten? Dann wäre schon dem „asiatisierten“ Rußland der Vorzug zu geben. Man wird von einem Gefühl der Trauer umfungen, wenn man an dieses Sittenbild der „großen russischen Revolution“ denkt.

**Tages-Neuigkeiten.**

**Die Affen und die Peitsche.**

Eine Fabel von Hermannia zur Mühlen.

Ein Affe kehrte nach längerem Aufenthalt in der Menschenwelt wieder in seinen heimatischen Urwald zurück. Von seiner Reise brachte er mancherlei heim, vor allem eine langstielige Peitsche, die er in der Menschenwelt gestohlen hatte.

Vermittels dieser Peitsche zwang er alle Affen des Waldes, seinen Willen zu erfüllen: Stren für sein Lager holen, ihn mit Wasser versorgen, für ihn Rüsse pflücken, seine Vorratskammer füllen, ihn gegen fremde Affen, die aus den Nachbarwäldern eindringen wollten, verteidigen, ihm die Höhe absuchen, während er träge auf seinem Aste saß oder sich mit einer schönen Affin vergnügte. Kammen die Affen seinen Befehlen nicht nach, so schlug er unbarmherzig mit der Peitsche auf sie ein, und dies schmerzte derart, daß sie sich nicht zu widersetzen wagten.

Er wurde immer boshafter und anspruchsvoller, so daß die armen Affen gar nicht mehr Zeit fanden, für sich Rüsse zu pflücken, und abends todmüde mit leerem Magen aufs Moos sanken. Großes Leid herrschte im Urwald und viele der jüngeren Affen wanderten aus.

„Wenn er nicht diesen furchtbaren Zauberstab hätte“, klagte eines Abends ein zu Tode erschöpfter Affe seiner Frau. „Wenn er uns damit berührt, so fühlen wir einen schrecklichen brennenden Schmerz und müssen ihm gehorchen.“

„Ihn aber schmerzt das Berühren des Zauberstabes nicht im geringsten.“ meinte die Affin, die weit klüger war als ihr Mann.

„Nein, ich habe schon so oft darüber nachgedacht, wie es das kommt.“

Die Affin überlegte eine Weile, dann sprach sie:

„Ob es nicht daher kommt, daß er den Stiel des Zauberstabes in der Hand hält?“

Diese Ansicht der klugen Affin verbreitete sich allmählich unter den geplagten Affen, und als sie eines Tages die Not und die Qual nicht länger ertragen mochten, entriß sie ihrem Herrn die Peitsche, hielten den Stiel fest und ließen die Schnur auf seinem Rücken tanzen.

Da war es mit seiner Herrlichkeit vorbei: Die Affen konnten wieder für sich Rüsse sammeln und ein angenehmes, freies Leben führen.

Den jungen Affen dieses Waldes aber wurde in der Affenschule als erste und höchste Weisheit der Satz gelehrt: „Es kommt vor allem darauf an, daß man die Peitsche beim richtigen Ende hält.“

Zum Kapitel Postschandviniismus. Wir haben bereits davon Mitteilung gemacht, daß die Post alle an die Pensionversicherungsanstalt Prag, II, Podskalier Mai 16, adressierten Brief mit dem Vermerk „Reprivustno zpet“ zurücksendet. Nun kommt uns die gleiche Beschwerde auch vom Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr in Teplitz-Schönan zu. Der genannte Verband macht uns aufmerksam, daß aller Wahrscheinlichkeit nach tausend Kuberts der Pensionsanstalt mit der von der Post plötzlich beauftragten deutschen Adresse im Umlauf sind und daß alle diese Kuberts als „Reprivustno zpet“ ihre Reise durch die Welt zu machen haben werden. Falls unser Postministerium nicht gerade mit anderen noch wichtigeren Angelegenheiten zur Hemmung des Postverkehrs beschäftigt ist, möchten wir doch seine Aufmerksamkeit auf das Treiben der ihm untergeordneten Organe lenken. Da in kultivierten Zeiten und in Mitteleuropa die Leistungen der Post nicht vom nationalen Gesichtspunkte, sondern vom Gesichtspunkte ihrer Erhaltung betrachtet werden, so läuft die tschechoslowakische Post Gefahr, wohl als die national einwandfreieste, aber sachlich rückständigste Postverwaltung Mitteleuropas angesehen zu werden.

Für die Arbeitslosen und ihre Kinder. Am Donnerstag fand in Teplitz eine Versammlung statt, die sich mit der vom Staate eingeleiteten Aktion für die Kinder der Arbeitslosen beschäftigte. In der Versammlung, die sich aus den Vertretern der Bezirksverwaltungscommission, der Bezirksverwaltung, der deutschen und tschechischen Bezirkscommission für Jugendfürsorge, der Bezirksratkonferenz, des deutschen und tschechischen Gewerkschaftsartikels, der politischen Parteien, der meisten Gemeinden des Bezirkes und des Bundes der Industriellen zusammensetzte, wurde festgestellt, daß es sich auch bei dieser Aktion zeige, daß die Regierung für die Arbeitslosen nur einen Bettel übrig hat, denen aber mit Almosen nicht gedient ist, sondern die Arbeit und Verdienst, also die Durchführung von Notstandsarbeiten, verlangen. Die von der Versammlung beschlossene Resolution stellt unter anderem fest, daß die bisherigen Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gänzlich unzureichend sind, daß beispielsweise von den 8000 Arbeitslosen des Teplitzer Bezirkes mindestens die Hälfte vom Bezuge der Arbeitslosenunterstützung ausgeschloffen ist. Es wird gefordert, daß allen Arbeitslosen die Unterstützung zuerkannt werde, die von 10 auf 12 K täglich erhöht werden soll. Die gekante Fürsorge für die Arbeitslosen im Bezirke Teplitz wird von nun an von einem Zentralausschuß besorgt werden und bei der Regierung wird angestrebt werden, diesen Zentralausschuß als Verwaltungsorgan für die Arbeitslosenunterstützung des ganzen Bezirkes anzuerkennen. Diese Entscheidung, welche den Wirkungsbereich des Zentralausschusses und der ihm untergeordneten Lokalausschüsse abgrenzt, werden den Ministern für Volksernährung, öffentliche Arbeiten, soziale Fürsorge überreicht werden.



# Demarche der Kleinen und Großen Entente in Budapest.

Ein geplantes Attentat gegen den Abgeordneten Remece? Die Bilsner sozialdemokratische „Nova doba“ sagte in einer Polemik mit dem Bilsner nationaldemokratischen Blatt, das bekanntlich die tschechisch-sozialdemokratische Hilfe bei der Kommunistenhab dadurch belohnte, daß es die Schuld für das Attentat den Bilsner tschechischen Sozialdemokraten und dem Minister Sabrman in die Schuhe zu schieben versuchte, folgendes: „Wir wollen nicht Reminiszzenzen hervorrufen, aber wir erinnern uns, daß zum Beispiel seinerzeit dem Abgeordneten Remece mit dem Erschlagen gedacht wurde, als er sich in seiner Rede gegen Radins Politik äußerte: Nur mit Rücksicht auf den Zustand des schwerverwundeten Ministers Dr. Radins führen wir nicht die Namen der Personen an, die Remece so gedroht haben. Das „Nude Bravo“ sagt hierzu: Es war der Sohn Dr. Radins, welcher dem Abgeordneten Remece für dessen Kritik der Radinschen Politik mit einem Ueberfall oder Attentat drohte. Abg. Remece habe damals geantwortet, daß er einige stärkere Söhne habe, die dies schon rächen würden.“

Die tschechischen Festsitzten und Masaryk. In einer Rede, die er vorgestern in Zifedovic hielt, teilte der kommunistische Abgeordnete Louzil mit, daß in einer Festsitztenversammlung in der Weinberge, die im Hotel Beranek stattgefunden habe, ein Redner erklärte, Präsident Masaryk würde es verdienen, aufgehängt zu werden. Das „Nude Bravo“, dem die Verantwortung für diese Meldung überlassen werden muß, bemerkt hierzu, daß die Festsitzten nicht nur dem Präsidenten Masaryk, dem Minister Beneš, dem Abgeordneten Brosmly, sondern auch anderen sozialistischen und sogar agrarischen Politikern mit dem Aufhängen drohen.

Die deutsche Völkerverbundliga in der tschechischen Republik. In der am 11. Januar d. J. unter dem Vorsitz des Präsidenten, Abg. Dr. Wilhelm Medinger abgehaltenen Vorstandssitzung der Völkerverbundliga wurden als Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Abg. Dr. Ludwig Czech, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Abg. Carl Cermak, Abg. Oswald Hillebrand und Senator Dr. Karl Heller in den Vorstand gewählt. An Stelle des zurückgetretener Professor Dr. Rauberg, der jedoch dem Vorstande weiter angehört wird, wurde Abg. Carl Cermak zum Vizepräsidenten gewählt.

Ein der Post unbekannter Minister. Ein Prager Verlag sandte, wie wir im „Bravo Lidu“ lesen, dem Minister für Schulwesen und nationale Kultur eine Postdruckfahne mit einer ungenauen Wohnungsadresse. Anstatt daß nun die Post die Druckfahne in das betreffende Ministerium sandte, gab sie dem Absender die Druckfahne mit der Bemerkung „Adressat unbekannt“, zurück.

Verstärkende Auffassung der Studenten- und Schülerherbergen. Die Hauptleitung des Herbergvereines in Hohenelbe hat die Auffassung aller Herbergen bis zum Wiedereintritt besser wirtschaftlicher Verhältnisse beantragt. Diese Maßregel, die besonders durch die Notlage der Herbergen in Deutschland und Österreich gebietet erscheint, würde einen schweren Schlag für Schüler und Studenten bedeuten, da ihnen dadurch die letzte Möglichkeit genommen würde, bei geringen Kosten in der Ferienzeit ihnen unbekannte Gebiete, besonders Gebirgszüge, zu durchwandern. Der Herbergverein, der im Jahre 1884 mit dem Ziele in Hohenelbe gegründet wurde, besaß in ganz Deutschland, in den Sudetenländern und in Österreich Herbergen, in denen wandernden Studenten und Schülern gegen Vorweisung einer Herbergskarte kostenloser Uebernachtung und Frühstück geboten wurde. Der Besuch der Herbergen hat in den letzten Jahren

Budapest, 13. Jänner. (Sch. P. B.) Heute abends sind gleichzeitig die Gesandten der Großen und der Kleinen Entente bei der ungarischen Regierung gegen die Heben und Grenzkontrollen, welche sich in der letzten Zeit an der rumänischen Grenze ereignet haben, eingeschritten. Für die Gesandten der Kleinen Entente erklärte der rumänische Gesandte dem ungarischen Minister des Äußeren, die Schritte der offiziellen Persönlichkeiten wirkten eher als eine Aufmunterung als eine Eindämmung dieser Heben. Es sei absolut notwendig, daß die ungarische Regierung in entschiedener Weise diese Heben einstellt, welche sonst zu

infolge der Nachkriegsnot und Wirtschaftskrise erheblich nachgelassen. Vor dem Kriege, im Jahre 1913, besuchten noch 80.000 Schüler und Studenten die Herbergen. Im Kriege standen die Herbergen größtenteils leer. Im Jahre 1920 betrug dann die Besucherzahl wieder 16.000, ging aber dann in den folgenden Jahren bis auf 4000 zurück.

Hortshjustiz. Vor einigen Monaten fand in Budapest der Prozeß gegen einen Gendarmemachmeister statt, der in Acakemet drei Juden auf Befehl Ivan Hejjas ermordet hatte. Auf diesen Befehl bezugnehmend äußerte sich Hejjas später in einer Versammlung der Erwachsenden Ungarn, daß er seinen letzten Befehl noch nicht ausgegeben habe. Wegen dieser öffentlichen Drohung mit dem Tode wurde gegen Hejjas das Verfahren wegen „Störung der öffentlichen Ruhe“ vor dem Budapest-Berzirksgericht eingeleitet, das sich zunächst nicht traute, gegen Hejjas vorzugehen und die Angelegenheit an das Strafgericht weiterleitete. Aber auch dort hatte kein Richter den Mut, Hejjas den Prozeß zu machen und so gelangten die Akten an das Bezirksgericht zurück. Hejjas erschien gar nicht bei der Verhandlung, seine Vertretung wurde nicht angeordnet und er wurde mit der Begründung freigesprochen, daß seine Drohung nur Hochverratern und Umstürzler galt — die ja bekanntlich in Ungarn vogelfrei sind. Einen neuen Beweis dafür lieferte das Urteil gegen Josef Czuczor und Genossen, das an demselben Tage erging, an welchem Hejjas freigesprochen wurde. Wegen des „Verbrechens“, kommunistische Zellen organisiert zu haben, wurden verurteilt: Josef Czuczor zu zweieinhalb Jahren Kerker, Ferdinand Csello, der gleich den übrigen Angeklagten beharrlich leugnete, zu zwölf Jahren Zuchthaus, Stephan Obernith zu elf Jahren Zuchthaus und Ernst Müller wegen Vergehens gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung zu zwei Jahren Gefängnis und 50.000 Kronen Geldstrafe.

Hoffnungsvolle Jugend. Wie aus Heidelberg gemeldet wird, hat dort ein 16 Jahre alter Schüler namens Rosfuß auf seine eigenen Eltern unter Anwendung betrübender Mittel einen Raubüberfall ausgeführt. Dabei war ihm ein Mitschüler, der schon einmal durch einen Bombenanschlag auf seinen Lehrer von sich hatte reden machen, behilflich. Die beiden Missetäter wurden verhaftet. Nach einer weiteren Meldung wurde kurz vor Neujahr auf der Burgmaire Defenberk in Weiskalen ein junges Mädchen erschossen aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um das Verbrechen eines in Dnieburg geborenen Kaufmannslehrlings handelte, der das aus

Folgen führen würden, für welche die ungarische Regierung verantwortlich gemacht werden müßte. Minister des Äußeren Daruway erwiderte auf den Protest der Gesandten der Kleinen Entente, daß die Bedeutung der Kundgebungen in den Versammlungen übertrieben werde. Er bemerkte, daß in Ungarn keine Pressezensur (!) bestehe und daß auch in den Versammlungen die Freiheit des Wortes (!) gelte. Daher (!) könne die ungarische Regierung nicht genug wirksam gegen diese Agitationen arbeiten, doch hege sie absolut friedliebende Absichten.

Frankfurt an der Oder stammende Mädchen kurz vor Weihnachten entführt hatte. Er wird jetzt von der Kriminalpolizei in Berlin gesucht.

Die Arbeiterbewegung in England. Professor Dr. Karl Grünberg (Wien), der Vorsitzende der Vereinigung der sozialistischen Hochschullehrer Deutschlands, und bekannte Herausgeber des „Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ spricht Samstag den 20. Jänner als Gast der „Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker“ über „die Arbeiterbewegung in England“.

Selbstmord wegen Wohnungseindigung. In Reicheneuberg hat die 60jährige Brauemeisterwitwe Anne Rombold Selbstmord begangen, da ihr vom Hausbesitzer die Wohnung gekündigt wurde. Man fand die Unglückliche, die Strichlinie zu sich genommen hatte, in bedenklichem Zustande in ihrem Zimmer auf. Sie wurde ins Städtchenhospital überführt, wo sie kurz nach ihrer Entlieferung ihren furchtbaren Schmerzen erlag. Frau Rombold sollte ihre Wohnung binnen 14 Tagen räumen. In der Wohnung soll bereits ein Paumeister erschienen sein, der die Wohnung ausmessen und den Ofen entfernen ließ. — Unter der Arbeiterschaft von Reicheneuberg hat dieses rücksichtslose Vorgehen des Hausbesitzers große Erregung hervorgerufen, da dieser nicht nur die alte Frau aufs Pfahle werfen wollte, sondern ihr auch mitten im Winter aus der gekündigten Wohnung den Ofen wegnehmen ließ.

Wieder eine Schießerei an der Grenze bei Hennesdorf. Dieser Tage fand an der Grenze bei Ober-Hennesdorf eine Schießerei tschechisch-polnischer Finanzer hinter Flüchtlingen statt. Ein junger Mann kam auf dem Rade von Rumburg am Jollant Zeishennesdorf vorüber und wurde nicht kontrolliert. Hinter dem Jollant kam ein Fußgänger und sprach mit ihm. — In demselben Augenblicke kam ein tschechischer Finanzer, der dem Radfahrer zurief, er möge weiterkommen. Der Radfahrer sprang jedoch auf sein Rad und fuhr davon. Der Finanzer feuerte die dem Flüchtenden aus einem Revolver vier Schüsse nach, ohne ihn zu treffen. Später gab er noch einen Schuß ab, als gerade Kinder aus der Schule gingen. Der Finanzer nahm nun gleichfalls ein Rad zu Hilfe und jagte dem Flüchtenden nach. Ein zweiter Finanzer kam von der entgegengesetzten Seite des Dorfes den Verfolgern zu Hilfe. Der Verfolgte wurde schließlich eingeholt, sprang aber vom Rade und warf sein Rad den verfolgenden Finanzern entgegen, jedoch diese von ihren Rädern herabstürzten und beim Sturze sich verletzten. Bevor sie sich erhoben, war der Flüchtende verschwunden. In der Bevölkerung herrscht ob dieses Voralles große Erbit-

terung, weil der Finanzer nicht berechtigt war, aus einem Revolver zu schießen, da seine Dienstwaffe ein Karabiner ist.

Die Drohbriefe gegen die Kerze des Dr. Masin. Wie die Polizeikorrespondenz feststellt, sind die Meldungen über Drohbriefe, welche die den Dr. Masin behandelnden Kerze erhalten haben sollen, eine glatte Erfindung.

Drohende Ueberschwemmungen in Mähren. Wie aus Olmütz berichtet wird, jähvoll infolge des in der letzten Zeit einsetzenden Tau- und Regemeters die March derart an, daß eine Gefahr der Ueberschwemmung für die niedrig gelegenen Ortschaften besteht. Insbesondere ist die Gemeinde Horka bei Olmütz sehr gefährdet. Die Militärbehörde entsandte an die bedrohten Stellen Pionierabteilungen mit Pontons.

Selbstmord eines Sparkassadirektors. In Leipzig hat sich der Direktor der Leipziger Sparkasse, Herr Wilhelm Knechtel, erschossen. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

## Rußlands Wirtschaftslage.

In einer Rede auf dem zehnten Sowjetkongress betonte Kamenew, daß der Staat dem Privatkapital nur jene Industriezweige überlassen wird, die er selber nicht verwaltet. Der Staat hat sich den gesamten Bodenschätze und die Wälder vorbehalten. 95 Prozent Land wurde unter die Bauern verteilt. Der Staat besitzt ferner 63.000 Werft Eisenbahn, auf welchen ungefähr 1 Million Arbeiter beschäftigt ist. In Händen des Staates befinden sich 430 Werke, welche 4.100 Unternehmen mit einer Arbeiterzahl von ca. 70.000 Menschen vereinigen. Das Privatkapital beteiligt sich mit ungefähr 30 Prozent am kommerziellen Umsatz des Reiches. Die Ausfuhr im Jahre 1922 hat sich im Verhältnis zu 1921 um das 26fache erhöht. Es wurde um 14 Millionen Goldrubel Naphtha exportiert, früher 16 Millionen, landwirtschaftliche Produkte durch Vermittlung des Zentralfiskus (Zentralverband der Konsumgenossenschaften) um 16 Millionen. Im Jahre 1921 deckte der Export nur 5 Prozent des Importes, 1922 aber 25 Prozent. In Zukunft wird die Ausfuhr planmäßig erhöht werden. Was den Transport betrifft, so wurden 1918 täglich 7600 Waggons beladen, 1922 31.500 und jetzt wird es im Bedarfsfalle möglich sein, die Leistung auf 13.000 zu erhöhen. Die Eisenbahnen sind mit Brennmaterial vollkommen versorgt, 40 Prozent entfallen auf Holz, das übrige auf Kohle und Naphta. 1919 wurden mit Holz 88 Prozent, 1913 19 Prozent beheizt. Die Gesamtproduktion der Industrieerzeugnisse erreicht 25 Prozent der Vorkriegsproduktion. Im Jahre 1912 lieferte die Industrie 32 Rubel Wertprodukte auf jeden Kopf, jetzt 61 bis 62 Rubel. Die Kohlerförderung wurde innerhalb eines Jahres um 25 Prozent größer. Die Naphtaförderung um 20 Prozent. Tork wurden vor dem Kriege 90 Millionen Pud, 1922 121 Millionen Pud gewonnen. Zusehends hat die Metallindustrie einen Aufschwung genommen. So wurde zum Beispiel an Eisen und Stahl im Jahre 1921 10 Millionen, 1922 20 Millionen erzeugt. Rohmaterial wurde um 240 Prozent mehr als im Vorjahre erzeugt. Baumwollspinn um 180 Prozent. Der Verbrauchemarkt der Parodontwaren betrug 1914 4 Milliarden 200 Millionen Goldrubel, er sank i. J. 1921 auf 600 Millionen Goldrubel und erreicht jetzt wieder 1 Milliarden Goldrubel. Die Selbstkosten der Waren, in welchen Kamenew sein Bild entwarf, läßt also nichts zu wünschen übrig. Trotz sich nur, wie weit die Tatsachen dem Bild entsprechen.

## Der Postiererschwede.

Von M. Andersen Rez. 3

„Ich will keinen Schnaps mithaben!“ rief er ihr launig nach. Sie hörte es nicht, und so ließ er sie gehen und fuhr in der Nacht fort. Kurz nachher kam sie mit der sorgfältig zugesperrten Päckchenschlüssel zurück. „Ich will keinen Schnaps mithaben“, sagt ich!“ wiederholte er launig und nidte. „Was willst Du nicht?“ fragte sie verwirrt, denn eben beim Einfließen hatte sie daran gedacht, was dieser Branntwein kostete! Er aber sagte nichts mehr, stand auf und rüstete sich zum Gehen. Und da stand sie nun und wachte weder aus noch ein. Wie oft hatte sie ihm nicht insgeheim den Schnaps zum Vorkommen gemau., diesen Schnaps, der so viel kostete und so wenig Nährstoff enthielt. Nicht darum, weil er ihr und den Kindern nicht zugute kam — sie hätte wahrhaftig für das Geld gern Fleisch für alle abraderte! — Und nun mußte er in das rauhe Schneegestöber hinaus und wollte nicht einmal seinen ...naps bei sich haben. „Aber so nimm ihn doch mit.“ sagte sie. „Das Bier gefriert ja in der Flasche bis zum Mittag, und auch das Essen wird ganz gefrieren; dann hast Du nur den Schnaps, der gefriert wenigstens nicht.“ Er nahm die getrockneten Strohwische vom Kachelofen und setzte sie wieder in die Holzschuhe, sagte aber kein Wort. Mitnehmen sollst Du ihn, dann kannst Du ihn ja trinken oder stehen lassen, ganz wie Du willst.“ Die Frau legte die Flasche zu dem Essen und schloß den Napf. Und dann ging er.

Der Schwede gehörte zu einer Raste, die mehr Brot als Fleisch zu sich kriegt, die die Poststraße schneidet, um an Fett zu sparen, und sich in großes Segeltuch kleidet, weil es am stärksten ist. Um 3—4 Uhr wandert der Steinarbeiter am Wintermorgen in dieser dünnen Kleidung zur Arbeit. Der heftige Wind trägt seinen Schnee durch die Segeltuchkleider bis auf die Haut. Schnee häuft sich zwischen den Knienpausen der Holzschuhe, Schnee dringt an den Wänden ein, schmilzt in der Fußwärme und macht die Rufe naß.

Und doch ist die lange Wanderung noch das Beste an dem Ganzen. Ist der Arbeitsplatz erreicht, so blüht man mit den harten Segeltuchschuhen das Größte von dem frischgeschnehten Schnee vom Felsen fort und verbringt den Tag auf dem kalten Gestein sitzend. Die Arme gebrauchen den Hammer; sie bringen es wohl zuwege, sich und den Oberkörper warm zu halten — manchmal so, daß der Schwede tropft. Aber von unten dringt die Kälte herauf und bemächtigt sich des untätigen Unterleibes. Die Stunden vergehen, die Frühstücks, Mittags, Vesperzeit kommt, der Häuer steht auf und geht mit gekrümmten Knien und steifem Schritt zu seinem Probiantnapf hinüber, der in dem gemeinlichen Holzschuppen untergebracht ist. Das Essen besteht aus Brotscheiben mit Fett und daraus vielleicht einer dünnen Schicht Käse oder Blutwurst; es ist hart und wird zu Eis zwischen den Zähnen. Das billige Bier hat seine braune Farbe und seinen weißen Schaum beibehalten, aber es fließt nicht in den durstigen Hals hinab — es hat die dritte Form der Materie angenommen, die feste. Dann aber kommt eine Flasche zum Vorschein mit einem Stoff, der nicht gefriert und nicht zwischen den Zähnen erstarrt, und der aufgetaute Arbeiter kehrt zurück zu seinem Sitze, und von neuem erstarrt er vor Frost. Der Schwede bog in die Südstraße ein, ging

im Dunkeln von einer Seite zur andern, um den ärgsten Schneehügeln auszuweichen, stützte sich hier und da gegen eine Mauer, um die Holzschuhe zu leeren oder den Schnee zwischen den Strampfen herauszuklopfen, und dachte an dies und an das. Sie war ja doch brav, seine Frau — sie gönnte ihm etwas Gutes! Krücker hatte sie immer ein Gesicht gemacht, als ob der Schnaps noch ihr Tod sein würde, und nun, da es darauf ankam —! Wo die Strahe endete, jagte ihm ein beifender Windstoß vom offenen Felde her scharfen Schnee ins Gesicht, so daß er stehen bleiben und den Rücken wenden mußte. An der Kirchhofspforte suchte er Schutz — das war aber auch ein verwilligtes Wetter! Wenn's so blieb, war's wirklich kein Spaß, drohen im Steinbruch zu arbeiten. Der Schnee bedeckte ja die Steine von neuem, ehe man einen Hammer Schlag tun konnte. Die andern gingen sicher heute gar nicht zur Arbeit; er hatte keinen auf der Strahe gesehen. Aber die Spielten auch nicht in der Kosterie.

Er ging, um für das Los zu kaufen. Er kam sich gewaltig tüchtig vor nach diesem Entschluß — als ob er nicht ohnehin heraufgegangen wäre — und fand ihn einer Belohnung wert. Und er öffnete den Napf, um für's Weitermarschieren einen Schnaps zu nehmen. Zwar erinnerte er sich recht gut seines geistigen Vorleses, aber nun hatte er ja doch einmal die Flasche mit. — Und ging er bei diesem Hundewetter zur Arbeit, — so. Er führte die Flasche zum Munde und trank. Aber plötzlich bereute er, was er getan hatte. Von seiner Frau war es ja recht schön gewesen, ihm die Flasche aufzustützen, aber man soll aus der Güte anderer keinen Vorteil ziehen. Und hat man einmal einen Entschluß gefaßt, so —. Und resolut nahm er die Grüne beim Hals und schleuderte sie hoch hinauf in die Luft. Dann aber stand er gespannt und horchte, wo sie niederfallen würde. Er hörte sie dicht

neben sich in eine Schneewehe fallen — wo, konnte er im Dunkeln nicht unterscheiden — aber entzweigegangen war sie nicht. Wie dumm, sie wegzuworfen! Man konnte sie ja mit zur Arbeit nehmen, ohne daraus zu trinken; dann sah die anderen, daß er freiwillig vergiftete. Außerdem war es immer gut, einen Schnaps bei der Hand zu haben — wie neulich erst, als sich Lindqvist den Finger zerschmetterte und fast das Bewußtsein verlor. Man war doch wirklich auch kein solcher Jammerlappen, — und er fing an, nach der Grünen zu suchen. Aber sie war nicht zu finden, und so ging er denn weiter zum Steinbruch.

Die Kameraden stellten sich gleichfalls ein, und das wunderte ihn auch gar nicht. Sie kamen ja immer — er und sie — wenn's nur irgend möglich war, sich durchzuarbeiten. Und keiner von ihnen rechnete es sich als Verdienst an — eigentlich auch er nicht. Die Gewohnheit trieb sie zu tun, was sie konnten, und die Gewohnheit ist eine stärkere Triebfeder als selbst die Tugend. Sie stellten Schirme gegen das Wetter auf und richteten sich ein, jeder auf seine Weise, und die einzige Entschädigung, die sie sich gönnten, war hier und da ein Abstecker zum Schuppen, wo der Napf mit der Grünen stand.

Zehn beim Frühstück vermiste der Schwede seinen Schnaps. Den Kameraden sagte er, er habe die Flasche zerschlagen. Sie boten ihm die übrigen an, allein er widerstand und schlug 's ab. Gegen Mittag wiederholten sie das Angebot, und nun nahm er es an — um der Gesellschaft willen. Später am Nachmittag entlich er einen halben Schoppen von einem anderen. Deshalb war der Entschluß natürlich nicht aufgegeben, sondern nur auf den nächsten Tag verschoben worden.

(Fortsetzung folgt.)



### Grubenunglück in Oberschlesien.

Rattowitz, 13. Jänner. Gestern nacht erfolgte in der Donnermarkt Kohlengrube „Abwehr“ in Wilsice in einem 262 Meter tiefen Schachte eine Grubenexplosion. 45 Bergarbeiter wurden getötet. Der Brand wurde gelöscht. Bis jetzt wurden drei Leichen geborgen. Die Katastrophe rief in ganz Oberschlesien tiefen Eindruck hervor.

### Die deutschen Länder für die Reichsregierung.

Berlin, 12. Jänner. (Wolff.) In der heute hier abgehaltenen Versammlung der Staats- und Ministerpräsidenten billigten nach einer Darlegung des Reichsanzlers über die allgemeine Lage der Reparationsfrage und die Ruhrbesetzung die Vertreter der deutschen Länder einmütig das Verhalten der Reichsregierung.

In der Donnerstagstagung des Reichsrates gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Vertreter Preußens, Staatssekretär Genosse Gührer, folgende Erklärung ab, die die Versammlung stehend anhörte: „Der Reichstag als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder erhebt in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung einmütig Protest gegen die von der französischen und belgischen Regierung durch die Befetzung von Teilen des Ruhrgebietes an dem deutschen Volk unter Bruch des Vertrages von Versailles begangene Vergewaltigung. Der Reichsrat bezugt vor der ganzen Welt, daß das deutsche Volk bemüht gewesen ist, die ihm auferlegten, nach dem Urteil erster wirtschaftlicher Autoritäten der Erde unerträglichen Lasten bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen, und daß es dazu auch in Zukunft bereit gewesen wäre. Wenn nunmehr durch einen derartigen Ueberfall auf das wehrlose deutsche Volk die Wiedergutmachung unmöglich gemacht, der Frieden Europas erneut gefährdet und das Zusammenleben der Nationen abermals vergiftet wird, so trägt die Schuld daran ausschließlich die Gewaltspolitik Frankreichs. Gegen eine Politik mit solchen unheilvollen Folgen ruft der Reichstag das Urteil der rechtlich Denkenden aller Länder an. Die bedrängten Volksgenossen am Rhein und Ruhr aber versichert er seiner tätigen Hilfe. Er ist gewiß, daß sie in Besonnenheit und Würde ausbarren werden, bis zum Tage der Befreiung.“

### Schweigen zum deutschen Protest.

New York, 12. Jänner. (Associated Press.) Im Staatsdepartement wurde erklärt, die amerikanische Regierung werde auf den deutschen Protest gegen den Einmarsch ins Ruhrgebiet keine Antwort erteilen. Die Regierung könne gegenwärtig keinen Weg sehen, um den Wunsch, in die Reparationskrise helfend einzugreifen, geltend zu machen, und sie unternehme deshalb in dieser Angelegenheit keinen Schritt.

London, 12. Jänner. Wie verlautet, ist von Seiten der britischen Regierung keinerlei Stellungnahme zu dem gestern vom deutschen Botschafter im Foreign Office überreichten Protest der deutschen Regierung gegen das französisch-belgische Vorgehen zu erwarten. Die Ansicht der britischen Regierung, die Entwicklung abzuwarten, bevor sie eine neue Änderung ihrer Politik erwägt, bleibt unverändert bestehen.

### Die Hälfte der rheinisch-westfälischen Gruben besetzt.

Berlin, 13. Jänner. (Tsch. B.) Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Essen liegen bis jetzt 50 Prozent der rheinisch-westfälischen Steinkohlengruben in dem von den Franzosen und Belgiern neu besetzten Gebiete.

### Stimmungsmache in Paris.

Paris, 13. Jänner. (Sabas.) Der Kabinettsrat erhielt zufriedenstellende Nachrichten über die Einwirkung der Ingenieure im Ruhrgebiet. Mit den Industriellen des dortigen Gebietes wurden bereits Verhandlungen eingeleitet, wobei guter Wille ersichtlich ist. Ebenso nimmt die Arbeiterchaft einen versöhnlichen Standpunkt ein.

Die Befestigung von Ruhr wird nur dann durchgeführt werden, wenn die Kohlenlieferungen eingestellt werden, welche die Industrieunternehmen des Ruhrgebietes bedrohen würden. Die Befestigung des Bochumer Kreises würde es gleichzeitig ermöglichen, das Bedürfnis der Industriebetriebe im Ruhrgebiet zu befriedigen und die normalen Reparationslieferungen zu sichern. Der Ueberbruch der Kohlenförderung wird Deutschland belassen werden.

### Neue Sanktionen gegen Deutschland passive Position?

Paris, 13. Jänner. (Sabas.) Nach den letzten aus dem Ruhrgebiete eingelaufenen Berichten kann angenommen werden, daß das Leben sich dort in den gewohnten Bahnen weiterbewegt. Die Deutschen üben gegenüber der Aktion der Alliierten absolute passive Resistenz. Die Vertreter des Deutschen Reiches weigern sich, an den Verhandlungen mit Frankreich, namentlich betreffs der industriellen Konventionen und Restitutionsleistungen teilzunehmen. In der nächsten Zeit sollten in Baden-Baden die Verhandlungen beginnen, in welchen französische und deutsche Vertreter die Regelung bestimmter Fragen bezüglich des Austausches von Produkten zwischen Elsaß-Lothringen und Deutschland gemäß den durch den Friedensvertrag festgesetzten Vorschriften in Erörterung ziehen sollten. Aber auch diesen Verhandlungen weichen die Deutschen aus. Sollten

# Der Baeran-Prozess.

## Das Gutachten der chemischen und medizinischen Sachverständigen über die Stinbombe.

Prag, 13. Jänner. Nach Eröffnung der heutigen Verhandlung gelangten noch einige Protokolle über den Stinbombenwurf zur Verlesung. Die Zeugen Dr. Kohn und Rudolf Steiner gaben an, daß sie den Wurf nicht gesehen hätten. Zeuge Späkel berichtet über eine Kontroverse mit Dr. Baeran. Nach Verlesung des stenographischen Protokolls über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. Jänner 1922 wird über Antrag des Staatsanwalts ein Brief des Dr. Baeran an die Lehrerin Marie Vales vorgelesen, den Dr. Baeran mit „Kollege Werner“ unterschrieben hat. Dr. Baeran erklärt, daß er den Brief deshalb nicht mit seinem Namen unterzeichnete, weil seine Post geöffnet wurde.

### Das Gutachten der Chemiker.

Die Gerichtschemiker Professor Dr. Brauner und Dr. Josef Svejda geben hierauf ein schriftliches Gutachten ab, in dem es heißt: Die Glascherben, die von der Bombe aufgelesen wurden, sind als corpus delicti Nr. 1 zu bezeichnen, der Fleck auf der Tapete als corpus delicti Nr. 2. Aus der Untersuchung der Glascherben und des Fleckes auf der Tapete geht hervor: 1. Die Scherben stammen von einem dünnwandigen Glasgefäß im Durchmesser von 35 Millimetern, in der ungefähre 20 Kubikzentimeter Flüssigkeit enthalten waren. 2. Der Fleck auf der Tapete und der Streifen, der durch die abfließende Flüssigkeit gebildet wurde, ist durch die Wasserlösung irgendeines Sulfides verursacht worden. 3. Die Flüssigkeit der Bombe bestand aller Wahrscheinlichkeit nach aus Ammoniumsulfid. 4. Ammoniumsulfid ist eine Flüssigkeit, welche sehr verderblich auf die Schleimhäute wirkt und eine ernste Einbuße an der Gesundheit verursachen kann, wenn Mengen in größerem Ausmaße ins Auge gelangen. 5. Bomben von solcher abnormaler Größe, wie sie geschildert wurde, kommen im Handel gewöhnlich nicht vor.

In einem ergänzenden Gutachten sagen die chemischen Sachverständigen, daß ihre Angaben über die Größe der Bombe sich in vollständiger Uebereinstimmung mit den Angaben des Phytotechnikers Schottals befinden. Es folgen dann nähere Angaben über die Größe des Flüssigkeitsinhaltes. Die chemischen Sachverständigen erklären, daß diese Bombe ein Scherzartikel ist, wenn sie auf den Boden bei gewissen Anlässen geschleudert wird. Die Benutzung der Bombe bei der Gelegenheit und in der Art, wie sie in der Anlagenschrift geschildert wird, kann vom chemischen Standpunkt nicht als unschädlich und ungefährlicher Scherz bezeichnet werden. Die Sachverständigen weisen auch die Behauptung zurück, daß die Glas-

die deutschen leitenden Kreise auf diesem Verhalten beharren, wären die Alliierten genötigt, Vergeltungsmassnahmen zu treffen, von denen vor allem wahrscheinlich eine Erweiterung der Okkupationszone im Ruhrgebiete in Erwägung käme.

### Berliner votum für Poincaré.

Paris, 12. Jänner. (Sabas.) Der Regierung ist von der Kammer das Vertrauen ausgesprochen worden. Das Stimmverhältnis war 452 gegen 72. Dagegen stimmten 15 Kommunisten, 50 Sozialisten, 2 Radikale und 5 andere Deputierte. 47 enthielten sich der Abstimmung, darunter 35 radikale und 8 unabhängige Sozialisten. Ueber die Hälfte der radikalen Gruppe gab ihre Stimmen für die Regierung ab.

### Englands Bergarbeiter gegen die Okkupation.

London, 13. Jänner. Die Leitung des Bergarbeiterbundes Großbritanniens hat eine Entschlieung angenommen, in der sie Protest gegen das Eindringen der Franzosen ins Ruhrgebiet erhebt und die Regierung der alliierten und neutralen Länder auffordert, darauf zu dringen, daß die Reparationsfrage durch ein Schiedsgericht geregelt werde.

### Italiens geringe Teilnahme.

Rom, 12. Jänner. (Sabas.) Dem „Giornale d'Italia“ zufolge wird Italien zehn Ingenieure in das Ruhrgebiet entsenden und zieht auch die Entsendung italienischer Zollbeamten in Erwägung.

### Die Kleine Entente übernimmt Poincarés Vorschlag.

Belgrad, 12. Jänner. (Tsch. B. B.) Das Regierungsgesamt „Samoupravna“ billigt voll auf das Vorgehen Frankreichs, das berechtigt sei, seine durch Deutschlands Opposition bedrängten Interessen zu wahren. Frankreich hat nunmehr die Kohlenbergwerke im Ruhrgebiete in eigene Hand genommen, um sie in der durch den Friedensvertrag vorgesehener Weise zu exploitieren. Wenn die deutschen Industriellen diese französische Geste richtig auffassen, wird der Friede erhalten, das Recht gewahrt und die Welt vor neuen Gefahren bewahrt werden. „Hoffen wir“, sagt das Blatt, „daß die deutschen Kapitalisten nicht die Artge haben werden, sich noch einmal dem Rechte zu widersetzen und sich gegen die ganze Welt aufzulehnen. Hoffen wir es umso mehr, als heute niemand und um keinen Preis den Krieg wünscht und nicht die Verantwortung für ihn auf sich nehmen dürfte. Die Okkupation des Ruhrgebietes sei im Interesse des Rechtes und der Gerechtigkeit (!!) durchgeführt worden.“

schäden einer so dünnen Glaslage keine Gefährdung verursachen könnten, da es sich um durchaus größere Glasstücke gehandelt hat.

Der Sachverständige Svejda erklärt dann in Ergänzung des schriftlichen Gutachtens, daß er sich einen Tropfen der Flüssigkeit, mit der die Bombe gefüllt wird, ins Auge und auf die Zunge habe spritzen lassen. Auf der Zunge spürte man eine Verätzung, im Auge fühlte man den Tropfen längere Zeit als Fremdkörper.

Verteidiger Dr. Radda beantragt die Verlesung eines Gutachtens der Ingenieurfirma „L. H. S. n. Hannal“ an den Phytotechniker Schottal und das Gutachten der Firma C. M. E. L. Der Gerichtshof beschließt trotz Einwendungen des Staatsanwalts die Verlesung dieser Gutachten, deren Inhalt das Gutachten der chemischen Sachverständigen in einigen Punkten abschwächt.

### Das Gutachten der Mediziner.

Prof. Slavik äußerte sich ausführlich über die Wirkung des Schwefelammoniums und die Wirkung der Glassplitter, die so fein waren, daß sie nicht gesehen werden konnten und, wenn sie ins Auge gefallen wären, gerade durch diese Beschaffenheit dauernde Folgen nach sich hätten ziehen können.

Dr. Kalnus erklärt, die Bombe enthielt fünf Gramm Ammoniak und zwei Gramm Schwefelwasserstoff. Das Ammoniak ist in konzentrierter Lösung imstande, eine schwere Verletzung der Hornhaut hervorzurufen, ebenso an Schleimhäuten. Die Wahrscheinlichkeit, daß eine Verletzung eintritt, war aber im vorliegenden Fall keine große.

Der Vorsitzende erklärt den Sachverständigen die Situation im Parlamentssaal und fragt, ob bei der gegebenen Lage eine Gefahr für die Anwesenden gegeben war.

Sachverst. Prof. Slavik: Bei der gegebenen Situation war die Gefahr nicht groß.

Bert. Dr. Goller: Waren die Splitter eine Gefahr, wenn sie in dasaar fielen?

Prof. Slavik: Nein.

Bert. Dr. Goller: Als die Bombe geworfen war, konnten nach dem Zurückprall die Splitter oder nur das Gas wirksam werden?

Sachverst.: Nur das Gas.

Staatsanwalt: Schottal hat gesagt, daß die Flüssigkeit in seinen Augen keine Wirkung ausgeübt hat, außer ein Brennen.

Sachverst.: Das stimmt nicht mit den gerichtsarztlichen Erfahrungen überein.

Der Vorsitzende unterbricht hierauf die Verhandlung auf Montag 9 Uhr vormittags.

### Neue Hindernisse in Lausanne.

Lausanne, 13. Jänner. (Sabas.) Die türkische Delegation hat den Alliierten einen Gegenantrag betreffend die osmanische öffentliche Schuld überreicht. In demselben wird namentlich gefordert, daß Jugoslawien und Griechenland sich verpflichten, den Betrag von 6,296.000 türkischer Pfund zu bezahlen, welcher auf sie gemäß dem Vertrage von Berlin und Konstantinopel vom Jahre 1881 entfällt. In alliierten Kreisen erregt es Erschauern, daß die Türken den Augenblick, in welchem die erzielten Abkommen registriert werden sollen, abwarten haben und erst jetzt der Konferenz den Gegenentwurf überreichen, welcher der Erfolg der bisherigen Verhandlungen bedrohen könnte. Wahrscheinlich wird die Benachthigung der heute zusammentretenden Kommission den türkischen Gegenentwurf ablehnen.

### Neu Änareim Bolakina.

#### Enttäuschte Hoffnung der Zionisten.

Lausanne, 12. Jänner. (Schweiz. Pop. Ag.) Aus guter Quelle wird mitgeteilt, daß Emir Abdulla, ein Sohn des Königs von Hedschas und Prinz von Transjordanien zum Könige von Palästina proklamiert und in diesem Falle Transjordanien an Palästina angeschlossen werde. Der neue König werde das Projekt Balfours über den Zionismus annehmen, aber dahin auslegen, daß er den Forderungen der Araber gerecht wird (?). Die arabische Regierung Mesopotamiens sei geneigt, die Mossilfrage freundschaftlich mit den Türken zu erledigen. Die von Türken und Arabern bewohnten Gebiete würden bei der Türkei und jene mit arabischer Bevölkerung bei Mesopotamien verbleiben. Die Grenzfrage soll möglichst bald geregelt werden.

### Röhminnen, Heizer und Kellner.

#### Die Wirkungen chronischer Kohlenoxydvergiftungen.

Wir entnehmen dem „Berliner Tageblatt“ die nachfolgenden interessanten Ausführungen über die durch Kohlenoxydgas verursachten Berufskrankheiten.

Es gibt eine medizinische Auffassung, die das Leben als einen ununterbrochenen Prozeß von Vergiftungen betrachtet. Diese Auffassung mag einseitig und schroff formuliert sein, trifft aber viel Richtiges. Eine Quelle langsamer und ständiger Vergiftung ist für manche Berufsgruppen das Einatmen von Kohlenoxyd. Durch dieses wird das Blut so verändert, daß es unfähig wird, den Körper in richtiger Weise zu ernähren. Symptome dieser Vergiftung sind Kopfschmerzen, Gereiztheit, Benommenheit und Betäubung. Durch einmalige starke Kohlenoxyd-

vergiftungen kann, wie das Beispiel der häufig vorkommenden Gasvergiftungen zeigt, der Tod herbeigeführt werden.

Mit manchen Berufsarten ist, wie schon erwähnt, eine ständige Kohlenoxydvergiftung leichter Art verbunden. Durch die ständige Aufnahme von an sich geringen Kohlenoxydmengen in das Blut wird, wie der Pharmakologe Professor Dr. Lewin nachgewiesen hat, eine dauernde Veränderung des Blutes und eine entsprechende geistige Reaktion verursacht. Alle Köchinnen beispielsweise gelten meist als „verkohrt“. Oftmals werden recht sonderbare Gründe für die Erklärung dieser Erscheinung herangezogen. Manche Beurteiler sind geneigt, das Alljüngferndasein dieser Köchinnen für ihre Gereiztheit verantwortlich zu machen, obwohl es eine bekannte Tatsache ist, daß viele Köchinnen auch einen anhänglichen Schatz haben. Die Nervosität, Kritikalität und Launenhaftigkeit der Köchinnen erklärt sich viel zwangloser aus den gehäuftesten Wirkungen leichter Kohlenoxydvergiftungen, deren sie durch ihren Beruf stündig ausgesetzt sind. Es ist ganz ausgeschlossen, daß eine Köchin bei ihrer Tätigkeit nicht wenigstens geringe Kohlenoxydmengen einatmet, sich also ständig eine zunächst geringfügige Vergiftung zuzieht, die nach langer Zeit dann zu den Eigentümlichkeiten in ihrem Auftreten führt, die es furchtsameren Naturer verbieten, sich mit ihr in Auseinandersetzungen einzulassen.

Ähnlich den Köchinnen müssen auch mütterliche oder leicht gereizte Hausfrauen oft von dem Standpunkt aus betrachtet werden, daß nicht eine unriederliche Veranlagung, sondern die Wirkungen ständiger leichter Kohlenoxydvergiftungen den Umgang mit ihnen zuweilen unbefriedigend gestalten. Vielleicht kann von diesem Gesichtspunkt aus auch die vielberühmte „böse Schwiegermutter“ auf eine gerechtere Beurteilung Anspruch erheben. Je mehr eine Ehefrau als Hausfrau sich betätigt, desto näher liegt die Gefahr derartiger Kohlenoxydvergiftungen. Betroffen werden von diesen besonders die Plätterinnen, und unter ihnen diejenigen am meisten, die mit Holzkohle ihr Plätterien erhitzen. Viele Frauen behaupten, nicht plätten zu können, weil bei dieser Tätigkeit immer wieder auftretende Ohnmachtsanfälle oder wenigstens Kopfschmerzen ihnen zu beweisbar scheinen, daß sie der körperlichen Anstrengung des Plättens nicht gewachsen sind. In den allermeisten Fällen sind aber solche Ohnmachten nicht Folgen der Ueberanstrengung, sondern der Kohlenoxydvergiftungen. Die ständige Notwendigkeit, sich leichteren Kohlenoxydvergiftungen auszuweichen, rechtfertigt in besonderer Weise die von Hausfrauenvereinigungen immer wieder vorgetragenen, meist nicht sehr rücksichtsvoll behandelten Wünsche nach Ferienwochen für die Hausfrau. Sie hat sie ganz besonders nötig, da nur sauerstoffreiche Luft die Begleitscheinungen ihres Berufes beseitigen oder auf einen Mindestgrad herabsetzen kann.

Schweren physischen Veränderungen unterliegen alle anderen Berufe, bei denen immer wieder geringfügige und deshalb unterschätzte Kohlenoxydvergiftungen auftreten. Nur selten wird man einem Heizer begegnen, der Sumor hat. Diese Leute sind wortfug und biffig, leicht gereizt und verfallen nicht selten in Jähzorn. So mancher Hauswirt und manche Mieter, die mit ihrem Hausgarten vorzüglich durch den Sommer kommen, fürchten den Verkehr mit den Verforgern ihrer Zentralheizungsöfen im Winter und nehmen an, daß die Leute in dieser Jahreszeit deshalb nicht so verträglich seien, weil sie härter zu arbeiten haben. Das ist ein Irrtum. An und für sich ist die Arbeit an den Zentralheizungsöfen nicht übermäßig schwer. Man kommt der Wahrheit näher, wenn man eine Kohlenoxydvergiftung annimmt.

Aus dem gleichen Grunde darf auch das Wesen der Kellner nachsicht beanspruchen. Niemand dürfte sich erinnern, einen vorfrischen Kellner gesehen zu haben. Man weiß, daß er sich gewöhnlich in schlechter, meist rauchiger, und daher auch kohlenoxydreicher Luft bewegt. Sein ganzes Leben besteht aus leichten Kohlenoxydvergiftungen, deren Wirkungen sich häufen und jene bedauerliche Berufsercheinung zeitigen, die so oft zum Tadel Anlaß gibt. Die Anforderungen an das Gedächtnis eines Kellners sind sehr groß. Aber gerade sein Gedächtnis leidet am ehesten unter der Kohlenoxydvergiftung. Man darf der Behauptung ruhig Glauben schenken, daß der Kellner nicht immer aus irreführendem Geschäftssinn sich verrechnet. Seine Gedächtnisschwäche rührt meist von den Wirkungen der Kohlenoxydvergiftungen her, denen er sich besonders an stürmischen Geschäftstagen ausgeliefert sieht. Gerechtere Weise muß festgesetzt werden, daß Kellner sich nicht nur zu ihren Gunsten, sondern auch zu ihren Ungunsten verrechnen.

Jeder Versuch einer wissenschaftlichen Erklärung von Erscheinungen des täglichen Lebens hat nicht immer volle Ueberzeugungskraft. Beweise sind aber die Sterblichkeitsziffern für die einzelnen Berufe. Kellner, Heizer und andere Berufsgruppen, die an und für sich leichten aber häufigen Einwirkungen des gemeinen giftigen Gases ausgesetzt sind, erreichen kein hohes Alter und die Beobachtung ihres Lebens zeigt, daß unter unmittelbarer Wirkung des eingeatmeten Kohlenoxyds ihre verkürzte Lebenszeit noch oben drein vergrößert und freudenarm wird. Es ist kein Wunder, daß Pastoren und Lehrer in der Sterblichkeitsziffer der Berufe an der weitesten günstigen Stelle stehen; denn diese Berufe bieten durch immer wiederkehrende längere Ruhepausen in der unmittelbaren Berufsausübung reichliche Gelegenheiten, die Wirkungen der Kohlenoxydvergiftungen, denen schließlich mehr oder weniger jeder Mensch ausgesetzt ist, zu überwinden.



# Kleine Chronik.

## Schweres Grubenunglück.

Delitz, 13. Jänner. Bei einer Bergwerks-Explosion im Bezirke von Meadrum (?) wurden 75 Personen getötet.

In der Grubenkatastrophe in Hindenburg, bei der — wie wir berichteten — 46 Bergleute der Ausguss abgeschnitten wurde, wird noch gemeldet: Das Unglück ereignete sich auf der 280-Meter-Sohle in der Förderstrecke des Hugo-Flüzes durch Entzündung eines Benzolbehälters einer Grubenlokomotive. Hierbei geriet die Zimmerung der Grubenstrecke in Brand. Die entzündenden Rauchschwaden und Brandgase zogen mit den frischen Weitem nach dem Arbeitsort und überraschten die dort tätigen Bergleute. Von der 46 Mann starken Besatzung konnten sich nur 2 durch eilige Flucht retten, während die übrigen 46 Mann den giftigen Gasen zum Opfer fielen. 9 von den Verunfallten sind lebend, 37 verheiratet. Die Wäsche- bezw. Aufbaumensarbeiten sind von einer Rettungssolonne sofort in Angriff genommen worden. Man versucht durch starke Bewässerung des Brandes Derr zu werden, ohne größere Abdämmungsarbeiten vornehmen zu müssen, die eine Bergung der Verunfallten vor Wochen unmöglich machen würden. Durch die Vernichtung der Zimmerung ist das E-Feld teilweise zusammengebrochen. Die Rettungsarbeiten sind dadurch sehr erschwert. Trotzdem hofft man noch, an die Bergung zu gelangen und sie bergen zu können. Es ist aber kaum damit zu rechnen, auch nur einen von ihnen lebend zutage zu bringen.

Eine Feuerwerksfabrik in die Luft geflogen. Aus Turin wird gemeldet: Bei Koppel ist eine Feuerwerksfabrik in die Luft geflogen. Unter den Trümmern entdeckte man bis jetzt sieben Schwerverwundete und einen Toten. Man befürchtet, daß sich noch weitere Opfer unter den Trümmern befinden.

# Wirtschaft und Sozialpolitik.

## Die neue Devisenverordnung.

In den letzten Tagen und Wochen wurde das Interesse der weitesten Kreise der Bevölkerung für die Vorgänge auf dem Devisenmarkt in Anspruch genommen; besonders die Begleiterscheinungen, wie Revisionen in den einzelnen Banken, die neue Devisenordnung usw. haben auch viele, die sonst keine oder nur indirekte Verbindung zu Bank- und Börsekreisen besitzen, beschäftigt. Man hat an dieser Bewegung erkennen müssen, daß vieles, was in den Sommer- und Herbstmonaten über die Tschechoslowakei und ihre Krone, namentlich im Ausland, erzählt wurde, nicht ganz zutreffend war. Und während man zur Zeit des Aufstiegs der Tschechoslowakei, da sich die Spekulation fast der ganzen Welt unserer Währung zugewandt hatte, behauptete, wir wären nun „Devisenparadies“ geworden und dies müsse auch in einem vollkommen freien Devisenverkehr seinen Ausdruck finden, sieht sich das Volkamt des Finanzministeriums nunmehr gezwungen, Vorschriften über den Handel mit fremden Währungen herauszugeben, die nichts anderes als die Rückkehr zur staatlichen Bewirtschaftung bedeuten.

So ist nunmehr auf Grund der wieder gültigen Regierungsverordnung vom 28. November 1919 zunächst der sogenannte Arbitrage-Verkauf von Tschechoslowaken grundsätzlich verboten, d. h. es ist den Banken unterbietet, an ausländischen Börsen tschechische Kronen zu verkaufen, damit das Angebot zu vermehren und den Kronenkurs zu drücken. Gerade diese Tätigkeit der Banken hat im Zusammenhang mit großen Kredit-Savierungen an fremde Bankiers die Stützungsaktion der Regierung für unsere Währung unterbunden; den Spekulationen aber diesseits und jenseits der blau-weiß-roten Wähle war die Möglichkeit zu unerwünschten Gewinnen gegeben. Gegenwärtig ist jede der zum Devisenhandel berechtigten Banken verpflichtet, unter genauer Vorlage von Belegen, wie Einfuhrbewilligung, Frachtbrief, Faktura usw. beim Bankamt die Bewilligung zur Zulassung der fremden Valuta einzuholen und durch das Bankamt wird in Einzelfällen die Ermächtigung zur Arbitrage, wenn die eigenen Vorräte des Bankamtes nicht hinreichen, erteilt. — Die neue, oder richtiger gesagt, erneuerte Devisenordnung bestimmt aber auch enge Grenzen für den Verkehr mit Tschechoslowaken. Gutschriften auf dem Konto eines Ausländers dürfen nur bis zum Höchstbetrage von K 3000.— frei erfolgen; darüber hinaus muß gleichfalls unter Vorlage von Belegen die Gutschrift vom Bankamt bewilligt werden. Auch die übrigen Bestimmungen, wonach Reisende lediglich K 3000.—, Familien höchstens K 5000.— in bar mit sich führen dürfen usw. zeigen den ersten Willen der Regierung, an ihrer bisherigen Deflationspolitik, an dem Bestreben nach einem möglichst hohen Kurs der tschechoslowakischen Krone festzuhalten. Abzumachen bleibt allerdings, ob diese Maßnahmen wirklich geeignet sind, den gewünschten Erfolg herbeizuführen, sicher ist, daß sich die ökonomischen Grundgesetze bisher immer durchgesetzt haben und schließlich auch unsere Währung an den fremden Märkten so bewertet werden wird, als den in Handels- und Zahlungsbilanz ersichtlichen Wirtschaftsverhältnissen entspricht.

## Die ständige Konsumentenenquête und die Zölle.

Die wirtschaftlichen Ministerien bereiten gegenwärtig ein Gutachten zum Entwurf einer Verordnung vor, durch die die Zollkoeffizienten neu geregelt werden sollen. Bekanntlich besteht noch

immer in der Tschechoslowakei der alte österreichisch-ungarische Zolltarif, (Gesetz vom 13. Jänner 1906) nur daß die ursprünglichen Zollsätze mit einem sogenannten Koeffizienten multipliziert werden müssen, um die heutigen Zollsätze zu erhalten. Die letzte Verordnung, durch die die Zollkoeffizienten geregelt wurden, war die vom 19. Dezember 1921, welche zugleich die letzte sein sollte, weil die Absicht bestand, dem Parlament einen neuen auf die wirtschaftliche Struktur der Tschechoslowakei zugeschnittenen Zolltarif zu unterbreiten. Die Regierung behauptet nun, daß für ein Zolltarifgesetz die Zeit noch nicht gegeben ist und daß es notwendig ist, die Frage der Zölle durch eine neue Verordnung beziehungsweise Neuvergebung der Zollkoeffizienten zu regeln. Nun bereitet auch das Zollverwaltungsministerium ein Gutachten zu der zu erscheidenden Verordnung aus und hat der ständigen Konsumenten-Enquete dieses Gutachten in der Sitzung der neunten Kommission der ständigen Enquete vom 11. Jänner vorgelegt.

In diesem Gutachten schlägt das Ernährungsministerium vor, in einer Reihe von Zolltarifklassen und Zollpositionen die Zollkoeffizienten herabzusetzen und die ständige Konsumenten-Enquete hat diesem Plan des Zollverwaltungsministeriums in der bereits erwähnten Sitzung die Zustimmung erteilt.

Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft in der ständigen Konsumenten-Enquete, die Genossen Cermak und Dietl, haben gemeinsam mit dem Vertreter der tschechischen Großhandels-gesellschaft, Lukáš, in der Sitzung auch die Frage der Zinszulage aufgeworfen und in den Zollfällen 1-13 (Kaffee, Tee, Kakao) eine ausgiebige Herabsetzung verlangt. Ebenso sind die genannten Genossen für die zollfreie Einfuhr von Zucker und Mehl und die Herabsetzung der Zollsätze für Feigen, Zitronen, Reis und Mohrrüben eingetreten. Die Genossen Cermak und Dietl haben überdies Kritik daran geübt, daß sich das Außenhandelsamt bei der Einfuhr von Luxusartikeln eine 20prozentige Manipulations-geldgebühr zahlen lasse und dies damit begründet, daß mit dem Begriff Luxusartikel Mißbrauch getrieben wird und auch von Artfeln, die durchaus nicht Luxus sind. Diese Manipulationsgebühren eingehoben werden. Die ständige Konsumenten-Enquete hat diese Forderung unserer Genossen als richtig anerkannt und hat sich grundsätzlich für die Beseitigung der Manipulationsgebühren sowie gegen jede Art des Bewilligungsverwehrens bei der Einfuhr ausgesprochen. Hoffentlich wird nun auch der Ernährungsminister Dr. Franko im Ministerrat die Herabsetzung, die das Ernährungsministerium selbst aufstellt, mit Energie vertreten, sodaß im Ministerrat dem Handelsminister, der ein Vertreter der hochfinanzpolitischen Interessen ist, ein Gegengewicht geboten und durch die neue Zollverordnung nicht die Interessen der konsumierenden Bevölkerung auf das größte verlegt werden.

Die niedrigen Löhne in der Tschechoslowakei. Das tschechische Holzarbeiterblatt veröffentlicht einen Bericht des Sekretärs der Internationalen Holzarbeiter union Genossen Wondenberg über die Höhe der Holzarbeiterlöhne im Monat September: In Dänemark 175 Kronen (gleich 594 Mark), Schweden 120 Kronen (507 Mark), Norwegen 170 Kronen (461 Mark), Finnland 750 (260 Mark), England ein Zehntel acht Pence (560 Mark), Holland 0,85 Gulden (326 Mark), in Deutschland 80 Mark in Österreich 1517 Kronen (60 Mark), in der Tschechoslowakei sechs Kronen (378 Mark), in Rußland vier Franken (486 Mark), in Amerika ein Dollar (1598 Mark).

Lohnkonflikt in der englischen Bauindustrie. Aus London wird gemeldet: Die Verhandlungen der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter der Bauindustrie über Lohnfragen und die Arbeitszeit sind gescheitert. Trotzdem wurden 500.000 davon betroffene Arbeiter die Arbeit bis zum 1. März, d. h. das ist dem Tage, an welchem der gegenwärtige Vertrag abläuft, die Arbeit nicht einstellen.

In Amerika ein riesiger Fleischtrust im Entstehen. Die Chicagoer Fleischschlachthäuser sind weitbekannt. In den erschütternden Schilderungen Upton Sinclairs wird die schreckliche Ausbeutung der Arbeitskraft durch eine einseitige, bis zum letzten rationalisierte Arbeitsmethode in diesen Schlachthäusern dargestellt. Das lebende Vieh wird dort eingeführt und mit Hilfe von vielen Maschinen und einer Arbeitsteilung, bei welcher ein jeder Arbeiter den ganzen Tag nur dieselbe Bewegung wiederholt, binnen kurzen zu fertigen Konferven usw. verwandelt. Jetzt ist in diesem Industriezweig ein riesiger Trust im Entstehen begriffen. Die fünf Großfirmen dürften bald nur in zwei Trusts vereinigt werden. Die Verschmelzung der berühmten Firma Armour des „Fleischkönigs“ mit der anderen Großfirma Morris ist bereits fertig und bedarf nur noch der Zustimmung der Regierung, welche auf Grund des Antitrustgesetzes auch verweigert werden könnte. Die Vertreter der Farmer protestieren gegen den neuen Trust, dem sie infolge der Ausschaltung der Konkurrenz bei dem Verkauf ihrer Viehbestände angeliefert werden sollen. Der politische Einfluß der Farmer ist in letzter Zeit wesentlich größer als bisher. So ist der Ausgang des Kampfes zwischen Trustkapital und Farmer — wobei sicher große Bestechungssummen verwendet werden — unsicher. Das Betriebsvermögen der beiden verschmelzenden Firmen wird auf eine halbe Milliarde Dollars geschätzt. Als dritte soll die Großfirma Wilson zum Trust hinzutreten. Zwischen den beiden anderen Fleischmagnaten Swift und Cudahy soll ebenfalls eine Verschmelzung der Betriebe vorgenommen werden.

## Levienskurse.

### Die tschechische Krone notiert in:

Paris	200.00	Wien	15.15/00
Berlin	100.00	Prag	300.24
Wien	100.00	Brno	100.00

### Züricher Schlusskurse.

Paris	37.05.00	Budapest	0.20.00
London	24.72.00	Prag	15.15.00
Wien	100.00	Brno	100.00
Wien	100.00	Prag	100.00
Wien	100.00	Prag	100.00

## Literatur.

„Der Reper.“ Von dieser illustrierten Monatschrift für Humor und Satire (Herausgeber: Franz Jenschit — Redaktion: Ferd. Kiefler) ist soeben das erste Heft erschienen. Die gediegenden Illustrationen und der wirklich satirische Inhalt geben dem Blatte das Gepräge eines ausgezeichneten Kampfblattes gegen den Merkantilismus. Die Heft, die die österreichischen Merkantilen gegen die von der Gemeinde Wien beschlossene Einführung der Leidenverbrennung ununterbrochen werden, wird im Titelblatt glänzend dargestellt und durch eine Parodie des Erzbischofs wirksam ergänzt. In den „Mariayeller Stimmen“ wird die Merkantil-Verbrennungsarbeit in humorvoller Weise aufgezeigt. Aus dem reichen Inhalt haben wir noch hervor: Der Kampf der Zeitgenossen — Großdeutsches Parteiabzeichen. — Die irdischen Rosen des Kaplan usw. — Eine gute Verbreitung des „Reper“ können wir nur wünschen. — Einzelnes Heft 2 K. Vierteljahrsabonnements 5 K. Man bestelle bei den Schriftabteilungen oder bei der Verwaltung „Der Arbeiter“, Wien 2, Lazarettgasse Nr. 18.

## Kunst und Wissen.

„Die Meisterfinger von Nürnberg.“ — Gastspiel Arthur Heiliger. Montag sechs Uhr Wagner's Oper „Meisterfinger von Nürnberg“ mit Arthur Heiliger, Freden (Hans Sachs) und Max Helm-Schwerin als Hans a. C. (David).

„Tristan und Isolde.“ — Gastspiel Kammeränger Rudolf Ritter — Anna Wolf-Ortner. Freitag 6 Uhr Wagner's Oper „Tristan und Isolde“ mit Kammeränger Rudolf Ritter-Stuttgart als Tristan und Anna Wolf-Ortner vom Landestheater Braunschweig als Isolde.

Viertes Sinfonisches Konzert. Heute, 11 Uhr, Deutsches Theater. Dirigent: Zemlinsh. Programm: Mozarts G-Moll-Symphonie, Mahlers IX. Symphonie. Das verstärkte Orchester des Deutschen Landestheater.

Revinsgenierung „Eiga“. Gerhart Hauptmanns interessanter Nocturno „Eiga“ wird Samstag abends neubestudiert zur Aufführung gelangen. Den Gegenstand spielt der neugewagte Erfindungsgeist Hugo Bernbach-Promen, die Eiga Mia Kessel, den Grafen Starobinski Wenzel Hoffmann.

Premiere „Casanovas Sohn“. Rudolf Lothard amtiante Komödienreihe „Casanovas Sohn“, das zugräftige Repertoirestück des Berliner Kleinen Theaters, wird Samstag abends und Sonntag abends in der Kleinen Bühne erstmalig aufgeführt.

Neues Theater. Heute, 11 Uhr, Sinfonisches Konzert, abends 7 Uhr „Barbier von Sevilla“, Dienstag „Graf von Luxemburg“, Mittwoch „Hedwig“, Donnerstag und Sonntag abends „Arasquita“, Samstag Hauptmanns „Eiga“.

Kleine Bühne. Heute halb 3 Uhr nachmittags „Menagerie“, abends und Mittwoch „Die Präsidentin“, Dienstag und Freitag „Die Reue“ von Heinrich Teweles; Donnerstag die Revolutionsproteste „Der Clown Gottes“, Samstag und Sonntag abends „Casanovas Sohn“, Sonntag nachmittags „Arasquita“.

Arbeitervorstellung „Barbier von Bagdad“. Nächsten Sonntag halb 3 Uhr nachmittags, Neues Theater, die neubestudierte Corneliuss-Oper „Barbier von Bagdad“ mit Richard Rubia als Gast. Karten bei Spitzer Deutsch, Graben 25 (Kleiner Bazar).

Deutscher Literarisch-Künstlerischer Verein in Prag. Das Programm des vor geladenen Gästen Sonntag, den 17. Jänner stattfindenden ersten literarischen Gesellschaftsabend bringt zwei Aufführungen: Franz Werfels „Besuch aus dem Elbium“ und Max Brods Gedächtnisrede „Die Erlöserin“. Außerdem gelangen neue Kompositionen von Felix Petrek, Fidelio Fintz und Alexander Zemlinsh aus dem Manuskript zum erstenmal zu Gehör. Reklamationen sowie Mitgliedsanmeldung an den Geschäftsführer des Vereines E. A. Schramel, Prag I, Böhmisches Sparkasse (Jahresbeitrag 20 K.).

## Gerichtssaal.

### Die Züchtigung des Saager Regierungsjournalisten Wolf.

In Saaz fand am 11. Jänner vor dem Bezirksgerichte die Verhandlung gegen die Genossen Schimel, Zischka und Horner statt, welcher seinerzeit der Chefredakteur der Saager Regierungspresse Ludwig Wolf im Hotel „Engel“ geächtigt und sich selber dem Gerichte gestellt hatten. Die Angeklagten gaben an, daß sie im Hotel „Engel“ Wolf wegen seiner verkehrswidrigen Schreibweise zur Rede gestellt haben. Wolf habe sofort einen Revolver gezogen. Er wurde am Schießen jedoch gehindert, wobei er, während er den Revolver gegen den Angeklagten Zischka anlegte, ausrief: „Jetzt geschieht etwas“. Die Zeugen gaben übereinstimmend an, daß gegen Wolf vor dem Herausziehen des Revolvers kein Angriff erfolgte und daß er durch das Pontieren mit der Schußwaffe die anwesenden Gäste

in Lebensgefahr gebracht habe. Einer der Zeugen gab an, daß die Täter Wolf mit Handschellen angefaßt haben. Der Richter zeigte während der Verhandlung den Revolver, dessen Magazin mit scharfen Patronen gefüllt war, wovon eine im Laufe der Verhandlung durch die Angeklagten nicht erschienen. Es wählten daher nur seine protokolllarischen Aussagen verlesen werden. Wolf gibt an, daß ihm die Hand, in der er den Revolver hielt, von den Angeklagten aus der Tasche gezogen wurde (!). Er (Wolf) habe nach dem Ausritt über Kopfschmerzen, Müdigkeit und Schwindel (!) geklagt. — Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten Schimel und Zischka zu je 48 Stunden, Horner zu 24 Stunden Arrest, bedingt auf zwei Jahre. Die Arreststrafen wurden in eine Geldstrafe von 50 K pro 24 Stunden umgewandelt. Die Angeklagten müssen außerdem die Kosten des Verfahrens für Herrn Wolf, insgesamt 300 K bezahlen. Der Staatsanwalt hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

## Aus der Partei.

Bezirksorganisation Prag. Donnerstag, den 18. 8 Uhr abends, findet im Saale des Frauenfortschrittsvereines (Arakauerstraße) der zweite Vortragabend für Frauen und Mädchen statt. Gen. Margarete Goldschmidt wird über das Thema „Die Frau und der Sozialismus“ sprechen.

Sokolorganisation Prag VII. Freitag, den 19. Jänner, abends 8 Uhr, im Lokale „M Akademie“ Vortrag des Genossen Weber (Kapitalismus und Arbeit in der Dreigliederung des sozialen Organismus von Dr. Steiner). Gäste willkommen!

## Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Fliegerova nam. 4. Donnerstag, den 18. Jänner findet um 8 Uhr abends im Restaurant „Goldenes Kreuz“, Refektaria, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: Berichte, Neuwahlen. Vortrag des Abgeordneten Genossen Hirsch über unsere internationalen Beziehungen, Am 1. Jänner 1923 in Helms Wintergarten: Maskenball. Vorverkauf in der ODC, der Administration des „Sozialdemokrat“ und bei Optiker Deutsch, Prag, Filipp. 1377

## Mitgliedschaften aus dem Publikum.



1287

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar. 180

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

**TOMBOLA**  
sehr schön sortiert, Pap er-Mützen für Bälle liefert billigst Firma  
**Benda & Gärtner**  
PRAG I., Dlouhá tř. 7. 1566

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

„APCC“ und „MORRELL“  
Vertreter für die Tschechoslowakei:  
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.  
Druckanschrift „Rostra“. Telefon 6667.

**Weinessig- und Essigspritfabrik**  
Quido Spalek Sohn  
Gegründet 1876.  
**Leimertiz a. E.**  
empfiehlt ihre nach neuesten Gärverfahren erzeugten vorzüglichsten Essige.

**Piering-Seni u. Essig**  
ist der beste!  
Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“  
zu haben in allen Konsum-Verleinen